



Die CSU-Landesgruppe. Die Stimme Bayerns in Berlin.

Bericht der Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt MdB

Parteitag der Christlich-Sozialen Union
12./13. Dezember 2014 in Nürnberg

CSU
LANDESGRUPPE
IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Die CSU-Landesgruppe. Die Stimme Bayerns in Berlin.

Bericht der Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt MdB

Inhalt

5	Vorwort Gerda Hasselfeldt „Weiß-blaue Politik ist gut für Deutschland“
6	Bayern, Deutschland, Europa und die Welt – unsere Verantwortung
20	Solide Finanzen – Stabilität in Europa
32	Wirtschaft – Wachstum – Wohlstand
52	Sozialer Zusammenhalt – starke und solidarische Gemeinschaft
63	Die 56 CSU-Abgeordneten der 18. Wahlperiode
64	Die Mitglieder der CSU-Landesgruppe in Amt und Funktion
71	Impressum

Gerda Hasselfeldt MdB
Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag



Vorwort

„Weiß-blaue Politik ist gut für Deutschland“

Deutschland steht gut da. Wir sind Stabilitätsanker für Europa und Partner für eine sichere Welt. Während Teile Europas nach wie vor mit der Staatsschuldenkrise kämpfen, haben wir einen Haushalt ohne neue Schulden.

Die Prognosen für die Weltwirtschaft sind zurückhaltend. Unsere Wirtschaft stemmt sich gegen den Trend. Die Konjunktur ist stabil. Die Einkommen steigen.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist hervorragend. Wir haben in den letzten zehn Jahren mit rund vier Millionen neuen Arbeitsplätzen ein neues deutsches Job-Wunder erlebt. Zugleich hat sich die Zahl der Arbeitslosen in den letzten acht Jahren nahezu halbiert. Deutschland hat die niedrigste Arbeitslosenquote in ganz Europa. Heute sind rund 40 Millionen Menschen in Arbeit – so viele wie nie zuvor. Die CSU-Landesgruppe ist die Stimme der Vernunft: Wir haben eine Frühverrentungswelle

verhindert und Ausnahmen beim Mindestlohn durchgesetzt.

Wie im Wahlkampf versprochen, haben wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und die Mütterrente eingeführt. Wir haben Steuererhöhungen verhindert und bei der EEG-Reform für sichere und bezahlbare Energie gesorgt. Wir sind der Garant für Haushaltssolidität und setzen mit dem größten Bildungshaushalt aller Zeiten einen Investitionsschwerpunkt. Und nicht zuletzt: Die Maut kommt.

Deutschland ist unter der Führung der Union und mit einer starken Landesgruppe noch besser geworden, stärker und sozialer. Wir gehen diesen Weg weiter. Für unser Land.



Vorsitzende der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Bayern, Deutschland, Europa und die Welt – unsere Verantwortung



Für ein starkes Europa

Die Europäische Union ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Denn Europa ist nicht nur wirtschaftlich stark. 25 Jahre nach der friedlichen Revolution hat sich Europa mit dem wiedervereinigten Deutschland und dem Ende des Kalten Krieges von einer erfolgreichen Wirtschaftsgemeinschaft zu einer umfassenden Wertegemeinschaft weiterentwickelt. Das vereinte Europa ist so zur beständigsten Friedens- und Freiheitsordnung geworden, die es jemals auf diesem alten Kontinent gegeben hat.

In dieser Rolle ist Europa mehr denn je gefordert. Die CSU-Landesgruppe steht dabei für mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen. Wir brauchen mehr Subsidiarität, nicht nur als Struktur-, sondern auch als Verantwortungsprinzip. Deshalb stehen wir für ein bürgernahes Europa, für ein Europa der Regionen, der Vaterländer und Muttersprachen.

Europa muss sich auf seine Kernaufgaben besinnen, weil es genau daraus seine Legitimation und Kraft schöpft. Und das heißt: unsere Interessen in der Welt wahren, die Rohstoff- und Energieversorgung sichern, unsere Außengrenzen schützen, Wirtschaft und Wachstum fördern, fairen Wettbewerb im Binnenmarkt ermöglichen, die Soziale Marktwirtschaft international etablieren, die Finanzmärkte besser regulieren, die Wirtschafts- und Schuldenkrise bewältigen. Wir werden weiter für ein Europa kämpfen, das nach außen Stärke zeigt, aber nach innen Subsidiarität lebt.

Auftrag christliches Menschenbild

Nach unserem christlich-sozialen Selbstverständnis sind Frieden, Freiheit, Sicherheit, Selbstbestimmung und Wohlstand, die Wahrung der Menschenrechte und die Achtung der Menschenwürde eines jeden die zentralen Ziele deutscher Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

Wir setzen dabei auf Kooperation statt Konfrontation. Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik gehören zusammen, müssen Hand in Hand gehen. Wichtige außenpolitische Entscheidungen fällen wir in engem Schulterschluss mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern – vor allem in der Europäischen Union (EU) und in der NATO. Wir tragen so unsere Verantwortung dafür, die Weltordnung und ihre grundlegenden Regeln und Institutionen zu bewahren und fortzuentwickeln.

Eine freie und offene internationale Ordnung ist für unsere Sicherheit und unseren Wohlstand von zentraler Bedeutung. Mit einer aktiven gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik kann die EU zu Sicherheit und Frieden in der Welt beitragen; gemeinsames Auftreten verschafft uns international Gehör.

Friedensplan für die Ukraine

Welchen Wert Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit für die Menschen haben, welche Anziehungskraft Europa mit diesen Werten ausübt, haben die Menschen in der Ukraine eindrucksvoll bewiesen.

Europa ist im Konflikt um die Ukraine gefordert. Es geht dabei um das Leben der Menschen, die Einheit des Landes, aber auch um die europäische Friedensordnung. Wichtigstes Ziel bleibt es, zu einer dauerhaften friedlichen Lösung des Konflikts zu kommen. Russland trägt für das Gelingen des Friedensprozesses eine entscheidende Mitverantwortung. Dieser Verantwortung kam und kommt Russland nicht in ausreichendem Maße nach.

Die CSU-Landesgruppe stützt und stärkt den besonnenen, aber entschlossenen Kurs der Bundesregierung gegenüber Russland: Sanktionen durchsetzen, aber im Gespräch bleiben, klare Kante zeigen, aber eine Eigendynamik der Eskalation verhindern, die NATO handlungsfähig machen, aber im Rahmen der geltenden Nato-Russland-Akte – das ist der richtige Weg. Und dieser Weg ist eingebunden in das gemeinsame,

geschlossene Handeln aller 28 Partner in der Europäischen Union. Die Sanktionen zeigen Wirkung in Russland. Sie werden aufrechterhalten, solange es keine Fortschritte im Friedensprozess gibt. Nur eine politische Lösung bringt dauerhaften Frieden.

Stabilität in unserer östlichen Nachbarschaft

Angesichts der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Situation des Landes müssen die EU und Deutschland den Menschen in der Ukraine helfen. Die Hilfszusagen von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) sowie die beschlossenen Handelserleichterungen sind ein wichtiger Beitrag.



Eine demokratische, prosperierende Ukraine ist die beste Hoffnung auf Stabilität in unserer östlichen Nachbarschaft. Deshalb wird die CSU-Landesgruppe den Präsidenten und die Regierung der Ukraine auch weiterhin darin bestärken, die Verfassungsreform voranzutreiben und die Einbeziehung aller Regionen und Bevölkerungsgruppen sowie den Schutz der Minderheiten sicherzustellen. Die vom ukrainischen Parlament verabschiedeten Autonomie- und Amnestiegesetze für die Ostukraine sind ein Anfang. Aber die territoriale Souveränität und Integrität der Ukraine ist nicht verhandelbar. Deshalb erkennen wir die völkerrechtswidrige Annexion der Krim nicht an.

Es bleibt dabei: Es ist Sache jedes einzelnen Landes, seine Bündnisse und Handelspartnerschaften in Freiheit selbst zu wählen. Wir unterstützen daher die Assoziation der Ukraine – sowie von Moldau und Georgien – mit der EU.

Die Frage einer EU-Erweiterung stellt sich derzeit nicht. Mit 28 Mitgliedern ist die EU gegenwärtig an der Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit angelangt und sollte auf absehbare Zeit keine neuen Mitglieder aufnehmen. Die Türkei ist ein wichtiger Partner; eine Mitgliedschaft würde aber sowohl die Türkei als auch die EU überfordern. Wir setzen uns für eine privilegierte Partnerschaft ein.

Ein starkes Zeichen für Solidarität und gegen Völkermord

Die Barbarei der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) ist eine neue Form des Terrorismus. IS kämpft nicht nur einen asymmetrischen Krieg gegen den Westen und seine Werte (wie etwa Al Qaida), sondern führt einen territorialen Eroberungskrieg gegen die Menschen im Irak und in Syrien. IS will die Herrschaft über Menschen und Land.

Deutschland konnte und durfte dem Völkermord im Nordirak nicht tatenlos zusehen. Angesichts der Notsituation und humanitären Katastrophe unterstützt die CSU-Landesgruppe ausdrücklich das Vorgehen der Bundesregierung: Deutschland hat bereits umfangreiche Hilfsleistungen erbracht durch Lebensmittel, Unterkünfte, aber auch durch den Aufbau einer Wasser-, Sanitär- und Gesundheitsversorgung für die Flüchtlinge im Irak und in Syrien.

Wir können die Kurden in ihrem Kampf gegen die fanatischen und überlegenen ausgerüsteten Dschihadisten nicht allein lassen. Es geht darum, Menschen und ihre Heimat zu retten. Denn die Menschen dort wollen nicht als Flüchtlinge in Deutschland, sondern als freie Menschen selbstbestimmt in ihrer angestammten Heimat leben.

Neben umfänglicher humanitärer Hilfe leistet Deutschland deshalb auch Unterstützung bei der Ausrüstung durch Waffen und Munition – dies in enger Abstimmung mit den Partnern der irakischen Zentralregierung. Mit unserer Unterstützung der Regionalregierung in Irakisch-Kurdistan sichern wir die humanitäre Hilfe und setzen ein Zeichen für Solidarität und gegen Völkermord und Terror.

Null Toleranz für Fundamentalismus und Terrorismus

Im Kampf gegen Fundamentalismus und Terrorismus ist die Eindämmung und Verhinderung jeder Unterstützung von terroristischen Handlungen von entscheidender Bedeutung. Hier dürfen wir nicht nachlassen. Islamistische Gefährder sind in Deutschland so umfassend wie möglich zu überwachen und weitere Radikalisierungen präventiv zu verhindern. Vermögen und Bargeld, das mutmaßlich krimineller Herkunft ist, muss leichter als bisher eingezogen werden können. Wir setzen uns daher für eine Novellierung der Vorschriften zur Geldwäsche ein. Darüber hinaus muss das Verbreiten von Propagandamitteln für terroristische Vereinigungen in Deutschland einfacher sanktioniert werden können als bisher.

Personen, die sich an Kampfhandlungen im Ausland beteiligen wollen, müssen wir von ihrer Ausreise abhalten. Dazu muss deutschen Staatsangehörigen durch Ausstellung eines Ersatzpapiers, das nicht mehr zu einer Ausreise berechtigt, der Personalausweis entzogen werden. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auf internationaler, europäischer, aber auch auf nationaler Ebene muss weiter ausgebaut werden. In die bestehende Informationstechnik und die personelle Ausstattung werden wir weiter investieren.

Die Parlamentsarmee im Einsatz für Frieden und Freiheit

Die Bundeswehr hat sich in vielen Einsätzen weltweit einen exzellenten Ruf erarbeitet. Mit Einsätzen u.a. in Afghanistan, Mali, Somalia, im Südsudan, vor der Küste des Libanon und im Kosovo, darunter vielen Ausbildungsmissionen, trägt sie entscheidend zu mehr Frieden und Stabilität in Krisenregionen bei. Auch kleinere Einsätze – wie die Sicherung der Chemiewaffenvernichtung auf dem US-Spezialschiff „Cape Ray“ durch eine deutsche Fregatte – haben große politische Bedeutung.

Kampfeinsätze sind für die CSU-Landesgruppe immer nur „letztes Mittel“ zur Selbst- und Bündnisverteidigung und Nothilfeinstrument gegen Menschenrechtsverletzungen. Der Schwerpunkt bei Ausbildungsmissionen trägt unserem Grundprinzip Rechnung, die Betroffenen mittelfristig in die Lage zu versetzen, ihre Probleme selbst zu lösen. Dazu setzen wir auf eine enge Sicherheitszusammenarbeit mit regionalen Akteuren wie beispielsweise der Afrikanischen Union.

Auch wenn sich die bisherige Parlamentspraxis der Mandatierung von Einsätzen grundsätzlich bewährt hat, stellt uns die fortschreitende Bündnisintegration vor neue Herausforderungen. Die CSU-Landesgruppe arbeitet daher intensiv in der Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr mit.

Moderne Streitkräfte für neue Herausforderungen

Die weltpolitische Lage mit ihren vielen Krisenherden zwingt uns auch, neu über die strategische Aufstellung der Bundeswehr nachzudenken. Daher ist es richtig, dass das Verteidigungsministerium die Forderung der CSU nach einem neuen Weißbuch aufgegriffen hat. Wir müssen eine sinnvolle Balance zwischen Landes- und Bündnisverteidigung sowie den Anforderungen der Auslandseinsätze finden. Die Krisen in Nahost und in der Ukraine zeigen Wert und Notwendigkeit verlässlicher, geschlossen handelnder Bündnisse, stellen aber auch Herausforderungen dar, auf die wir reagieren müssen.

Die Sorgen der NATO-Partner in Osteuropa, die die Landesgruppe bei Gesprächen in Lettland und in Polen unmittelbar erfahren konnte, nehmen wir sehr ernst. Das Beistandsversprechen aus Art. 5 des Nordatlantikvertrages muss glaubwürdig bleiben.



Die auf dem NATO-Gipfel in Wales im September beschlossenen Zeichen der Solidarität mit den östlichen Mitgliedern – mehr Manöver, Verbesserung der Einsatzbereitschaft, Stärkung der Schnellen Eingreiftruppe – sind erforderlich und mit der NATO-Russland-Akte vereinbar.

Eine Frage der Sicherheit: Moderne Wehrtechnik

Trotz der enormen Leistungen der Bundeswehr gerade im Auslandseinsatz sind die jüngsten Berichte über die mangelnde Einsatzfähigkeit von Großgerät und andere Engpässe ein alarmierendes Zeichen. Angesichts der unsicheren Weltlage können wir uns Defizite bei Ausrüstung und Einsatzbereitschaft der Streitkräfte nicht leisten. Hier müssen schnell Verbesserungen eintreten. Unsere Soldatinnen und Soldaten brauchen eine ihrem Auftrag entsprechende Ausrüstung.

Die CSU-Landesgruppe begrüßt und unterstützt daher die Bemühungen, das Rüstungsmanagement im Bundesministerium der Verteidigung zu professionalisieren und zeitnah Entscheidungen über zentrale Beschaffungsprojekte zu treffen, um die aktuellen Mängel zu beseitigen.

Wir werden weiterhin darauf drängen, Transparenz gegenüber dem Parlament sicherzustellen und Probleme beim Namen zu nennen. Nur auf der Basis einer ehrlichen Bestandsaufnahme kann es zu einer zügigen Verbesserung der Situation der Bundeswehr kommen. Dafür muss es auch eine angemessene finanzielle Ausstattung der Truppe geben. Wir setzen uns dafür ein, sämtliche Mittel, die der Bundeswehr im Haushalt zur Verfügung stehen, auch für die Verteidigung auszugeben. Mittelrückflüsse sind nicht zu rechtfertigen.

Die vielen bewaffneten Konflikte nur wenige Flugstunden von uns entfernt zeigen uns: Wir brauchen auch in Zukunft das Know-how einer modernen wehrtechnischen Industrie in Deutschland. Das ist nicht nur eine Frage der Arbeitsplätze in Bayern und Deutschland.

Das ist in unserem ureigenen sicherheitspolitischen Interesse. Mit dem neuen Weißbuch wollen wir auch eine Grundlage für die Definition technologischer Schlüsseltechnologien schaffen.

Mehr Geld für Humanität und Krisenprävention durchgesetzt

Eine verantwortungsvolle und konsistente Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik ist die beste Prävention vor Flucht und Vertreibung. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag tritt für eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit ein. Für uns stehen die Würde des Menschen und die Achtung der Menschenrechte im Mittelpunkt. Dazu stärken wir Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Schon in den zurückliegenden Legislaturperioden haben wir uns erfolgreich für eine moderne und finanziell gut ausgestattete Entwicklungspolitik eingesetzt. Mit Mitteln der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit von 14,06 Milliarden US-Dollar (2013) ist Deutschland der drittgrößte Geber weltweit. Für die Entwicklungszusammenarbeit stellt Deutschland zwei Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode zusätzlich bereit.

Krieg und Krisen haben immer ein davor und danach. Krisenprävention und Friedensarbeit tragen dazu bei, Konflikte gar nicht erst entstehen oder nicht wieder ausbrechen zu lassen. Bei den jüngsten Haushaltsverhandlungen wurde zudem durchgesetzt, dass die humanitäre Hilfe des Bundes für Hilfsmaßnahmen und Krisenprävention um fast 280 Millionen Euro für 2015 aufgestockt wird. Dies wird in erster Linie den notleidenden Menschen im Irak und in Syrien zu Gute kommen.

Blockade bei den sicheren Herkunftsstaaten aufgebrochen

Wir stehen vor der größten Flüchtlingskatastrophe seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Derzeit befinden sich weltweit mehr als 50 Millionen Menschen auf der Flucht. In den letzten zwölf Monaten hat sich deshalb die Zahl der Asylbewerber in Deutschland fast verdoppelt.

Wir müssen uns für das laufende Jahr erstmals seit den 1990er Jahren wieder auf mehr als 200.000 Asylbewerber einstellen. Der Trend wird sich auch im nächsten Jahr fortsetzen.

Die Belastungen für Länder und Kommunen haben erhebliche Ausmaße angenommen. Umso wichtiger ist es, dass wir uns um diejenigen kümmern können, die unseren Schutz wirklich brauchen. Aus diesem Grund war die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten um Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina ein wichtiger, richtiger und notwendiger Schritt. Etwa 20 Prozent der Asylbewerber stammen aus diesen Ländern. Aber weniger als ein Prozent konnte Asylgründe nachweisen. Das steht in keinem Verhältnis. Asylanträge aus diesen Ländern können damit zukünftig schneller bearbeitet werden.

Für eine menschliche Asylpolitik

Wer wirklich verfolgt wird, findet bei uns Schutz. Unser deutsches Asylrecht ist einzigartig. Wir sind Vorbild in Sachen Humanität und gute Gastgeber. Aber wir wollen und müssen die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger erhalten und stärken, Flüchtlinge und Asylberechtigte bei uns aufzunehmen. Dazu gehört auch, dass wir das Ausweisungsrecht vereinfachen und rechtliche Vollzugshindernisse abbauen.

Wir werden auch zukünftig darauf achten, dass wir nur denjenigen Schutz in Deutschland gewähren, die ihn tatsächlich benötigen, weil sie politisch verfolgt oder aber an Leib und Leben bedroht werden.

Wir haben erreicht, dass das Personal des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im laufenden Jahr bereits um 300 zusätzliche Stellen zur Bearbeitung von Asylanträgen aufgestockt wurde. Für das kommende Jahr konnten wir weitere 350 zusätzliche Stellen durchsetzen.

Eine dauerhafte Senkung der durchschnittlichen Verfahrensdauer von derzeit ca. sieben Monaten kann aber nur erreicht werden, wenn auch eine bessere Mitwirkung der Asylbewerber und ihrer Herkunftsstaaten erfolgt.

Wir unterstützen zudem Schritte gegen andere EU-Mitgliedstaaten, die fortwährend das geltende EU-Recht ignorieren und auf eine Registrierung von Flüchtlingen und Asylbewerbern verzichten. Sollte sich das nicht ändern, muss es im Rahmen des Schengener Abkommens zusätzliche Grenzkontrollen geben.

Alle Länder in Europa müssen sich an die geltenden Verträge halten. Solidarität ist im vereinten Europa unser gemeinsamer Auftrag.

An der Seite Afrikas

Die vielfältigen Chancen Afrikas, die positive wirtschaftliche Entwicklung und die greifbaren Erfolge bei Bildung, Gesundheit und Landwirtschaft waren Gründe für uns, in der Unionsfraktion den Kontinent als einen der Arbeitsschwerpunkte 2014 zu wählen.

Eine Delegation der Landesgruppe hat mehrere afrikanische Länder besucht und sich von Chancen und Schwierigkeiten vor Ort ein Bild machen können. Grundsätzlich können und wollen die Menschen in Afrika ihre Probleme selbst lösen. Deutschland wird aber an ihrer Seite stehen, um sie auf ihrem Weg zu unterstützen.

Die Ausbreitung der Ebola-Epidemie in Westafrika mit ihren schon jetzt Tausenden von Toten ist eine dramatische Herausforderung für Afrika und die Weltgemeinschaft. Wir machen uns dafür stark, die finanzielle Hilfe für die Weltgesundheitsorganisation, Ärzte ohne Grenzen und andere vor Ort tätige Organisationen deutlich zu erhöhen.

Die Gesundheitssysteme in den betroffenen Ländern sind überfordert. Vieles, was in den letzten Jahren an Fortschritten für die Bevölkerung erreicht wurde, steht auf dem Spiel. Investiert werden muss daher jetzt in medizinisches Gerät, in Aufklärungskampagnen, die Forschung nach wirksamen Therapien und die Prüfung eines Impfstoffes.

Die CSU-Landesgruppe hat erreicht, dass nun weitere 85 Millionen Euro zur Eindämmung von Ebola zur Verfügung stehen. Insgesamt gibt Deutschland 102 Millionen Euro für die Bekämpfung der Epidemie. Auch die Bundeswehr beteiligt sich u.a. mit einer Luftbrücke zum Hilfsgütertransport an der Unterstützung Westafrikas.



Für menschenwürdige Arbeitsbedingungen weltweit

Vor dem Hintergrund der globalen Produktions- und Lieferketten setzt sich die CSU-Landesgruppe für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für die Menschen ein, die in Entwicklungs- und Schwellenländern Waren für unseren Markt herstellen. Nur ein konzertiertes Vorgehen zusammen mit den international tätigen Unternehmen und den Regierungen vor Ort kann Verbesserungen bringen.

Verantwortungsbewusste Unternehmen müssen sich stärker für die Einhaltung sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Standards in den Produktionsländern engagieren. Auch Verbraucher können ihre Kaufentscheidung zur Sicherung fairer Bedingungen einsetzen. Dafür ist mehr Transparenz erforderlich. Wir unterstützen daher das vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung begonnene Textil-Bündnis als wichtigen ersten Schritt.

Weitere Informationen unter:
www.csu-landesgruppe.de/aussenpolitik

Solide Finanzen – Stabilität in Europa



Chancen statt Schulden

Solide Finanzen, das ist das Markenzeichen der Christlich-Sozialen Union. Wie keine andere Partei stehen wir für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Bereits in der christlich-liberalen Koalition hat der Bund seine Nettokreditaufnahme trotz der Staatsschuldenkrise von ursprünglich geplanten 86 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf rund 22 Milliarden Euro 2013 abgebaut.

Die CSU-Landesgruppe hat in der Großen Koalition einen Grundsatz durchgesetzt, der in Bayern seit nunmehr zehn Jahren Staatsräson ist: nicht mehr ausgeben als wir einnehmen. Für 2014 wird die Neuverschuldung auf 6,5 Milliarden Euro begrenzt. Das ist der niedrigste Wert seit vier Jahrzehnten. Damit ist der Haushalt bereits strukturell ausgeglichen – eine große haushaltspolitische Leistung nur wenige Jahre nach Ausbruch der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Gesamtstaatlich hat Deutschland bereits 2012 und 2013 einen strukturellen Überschuss erzielt.

Jetzt stehen wir vor einer Zeitenwende. Mit dem Bundeshaushalt 2015 schaffen wir die schwarze Null. Der Bund wird im kommenden Jahr zum ersten Mal seit über 45 Jahren keine neuen Schulden machen. Die Schuldenspirale ist durchbrochen. Mit unserer aktiven Wirtschaftspolitik haben wir zudem erreicht, dass auch die Länder und Kommunen ihre Schulden abbauen konnten und können.

Der Finanzplan bis 2018 verstetigt diesen Weg der Solidität. Damit steht Deutschland unter den führenden Wirtschaftsnationen einzigartig da. Das schafft Vertrauen. Und Vertrauen ist die Basis für Investitionen und den Wohlstand von heute und morgen. Wir schaffen Chancen statt Schulden.

Unsere Ziele in der Finanz- und Wirtschaftspolitik

Wir schaffen den ausgeglichenen Haushalt mit kraftvollen Zukunftsinvestitionen ohne höhere Steuern. Das haben wir den Bürgerinnen und Bürgern versprochen. Und das hat die CSU-Landesgruppe in der Koalition gegen Widerstände durchgesetzt. Wir halten Wort. Deshalb lehnen wir auch eine Eingliederung des Solidaritätszuschlags in die Tarife der Einkommen- und Körperschaftsteuer ab.

Leistung muss sich lohnen. Deshalb wollen wir die Kalte Progression zum 1. Januar 2017 abmildern.

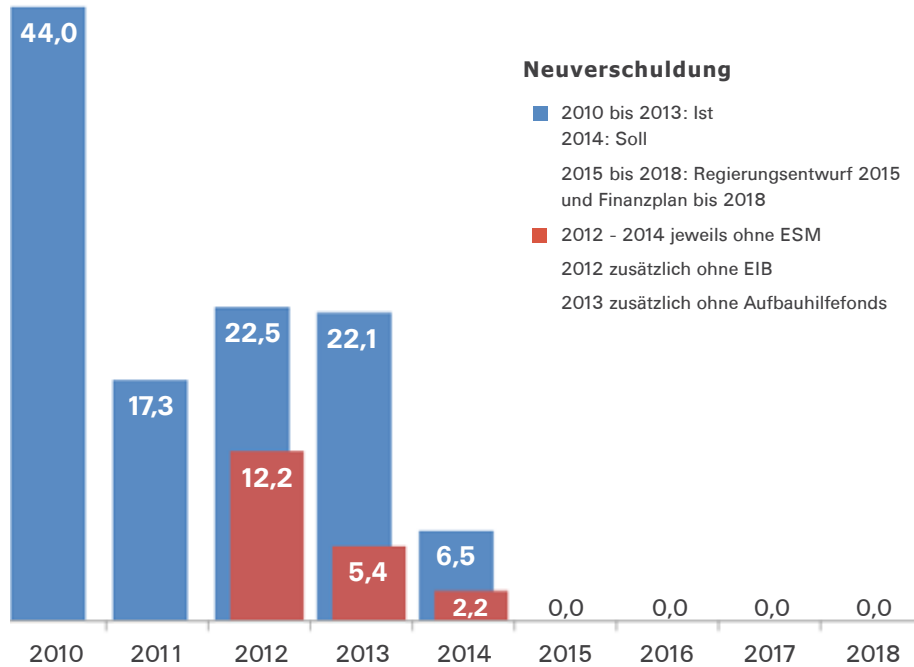
Wir wollen die Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessern und so die Investitionsquote über den OECD-Durchschnitt heben. Dafür werden wir die Bedingungen für Wagniskapital verbessern und neue Abschreibungsmöglichkeiten bei der energetischen Gebäudesanierung schaffen. Wir werden zudem nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Erbschaftsteuer sicherstellen, dass der Generationenübergang bei Familienunternehmen nicht beeinträchtigt wird.

Schuldenbremse eingehalten

Aus den Erfahrungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise haben wir gelernt und 2009 im Grundgesetz eine Schuldenbremse für Bund und Länder verankert. Der Bund geht mit gutem Beispiel voran: Bereits seit 2012 halten die unionsgeführten Bundesregierungen die erst 2016 geltenden Vorgaben der Schuldenbremse ein. Die nach der Schuldenbremse im Zeitraum von 2011 bis Ende 2015 rechtlich zulässige Neuverschuldung von kumuliert rund 110 Milliarden Euro haben wir bewusst nicht ausgeschöpft. Damit leistet der Bund einen essentiellen Beitrag zur Senkung der gesamtstaatlichen Schuldenstandsquote. Wir halten so die Vorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie den Fiskalvertrag ein. Wer von Dritten in Europa Haushaltsdisziplin einfordert, muss mit gutem Beispiel vorangehen.

Keine neuen Schulden ab 2015

Entwicklung der Neuverschuldung des Bundes in Mrd. Euro



Quelle: Bundesministerium der Finanzen; Stand: Juli 2014

Investitionen in Deutschlands Zukunft

Konsolidierung geht nur mit Augenmaß. Deshalb tritt die CSU-Landesgruppe dafür ein, strikte Haushaltspolitik mit nachhaltigen Zukunftsinvestitionen zu verbinden. Die Infrastruktur ist unsere Lebensader. Deutschland investiert bis 2017 rund 40 Milliarden Euro in seine Infrastruktur und zusätzlich 5 Milliarden nur für Verkehr in dieser Legislaturperiode.

Die Ausgaben für Forschung und Bildung steigen 2015 auf über 15 Milliarden Euro. Damit haben wir diesen Zukunftsetat seit 2005 verdoppelt. Der Bildungshaushalt 2015 ist der größte in der Geschichte der Bundesrepublik. Den Pakt für Forschung und Innovation, den Hochschulpakt sowie die Exzellenzinitiative führen wir weiter. Die zusätzlichen Mittel für die außeruniversitäre Forschung finanziert der Bund in Zukunft allein. Dafür stehen über die gesamte Legislaturperiode drei Milliarden Euro zur Verfügung.

Zum Wintersemester 2016/2017 heben wir das BAföG um 7 Prozent an; schon ab 1. Januar 2015 übernimmt der Bund die Finanzierung der Ausbildungsförderung komplett. Wir entlasten die Länder, damit sie frei werdende Mittel in die Bildung investieren können.

Und wir unterstützen Länder und Kommunen darüber hinaus bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen in der laufenden Legislaturperiode mit sechs Milliarden Euro. Zusätzlich entlasten wir die Kommunen von 2015 bis 2017 mit jährlich einer Milliarde Euro.

Außerdem steigt die Städtebauförderung auf 700 Millionen Euro pro Jahr. Auch auf unsere Initiative hin wird aus diesen Mitteln nun ein Programm für bundespolitisch bedeutsame Projekte des Städtebaus finanziert. Hier von werden auch bayerische Kommunen erheblich profitieren.

Der Grund für Deutschlands wirtschaftliche Stärke liegt auch und gerade in der Innovationskraft unserer Unternehmen. Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft langfristig zu sichern, setzt sich die CSU-Landesgruppe dafür ein, die Investitionsausgaben in den kommenden Jahren im Rahmen ausgeglichener Haushalte weiter zu steigern.

Für eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Im Jahr 2019 laufen der Solidarpakt II, das Entflechtungsgesetz und der Bund-Länder-Finanzausgleich aus. Gleichzeitig greift die im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse für Bund und Länder im vollen Umfang. Die Diskussionen über die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und über geeignete Maßnahmen für eine effizientere Gestaltung des Finanzausgleichs haben begonnen.

Für die CSU-Landesgruppe ist klar: Wir brauchen rechtzeitig Klarheit über die künftige Ausgestaltung der Finanzbeziehungen. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für eine glaubwürdige mittelfristige Finanzplanung von Bund und Ländern.

Gute Politik muss sichtbar werden. Deutschland braucht deshalb mehr Wettbewerbsföderalismus mit mehr Steuerautonomie. Der Länderfinanzausgleich kann so nicht bleiben. In seiner jetzigen Form ist er leistungsfeindlich und setzt falsche Anreize. Wir arbeiten weiter für eine gerechtere Ausgestaltung des Bund-Länder-Finanzausgleichs mit mehr Eigenverantwortung der Länder sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite. Eine Vergemeinschaftung der Haftung für die Altschulden der Länder wird es mit der CSU-Landesgruppe nicht geben.

Europa: Stabilitäts- statt Schuldenunion

Europa muss eine Stabilitätsunion bleiben und darf keine Schuldenunion werden. Deshalb bleibt es dabei: Die CSU-Landesgruppe lehnt die Vergemeinschaftung der Schulden über Eurobonds und einen europäischen Einlagensicherungsfonds strikt ab. Es darf auch keine Zweckentfremdung der ESM-Mittel und keine weitere – und wie auch immer geartete – Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes geben.

Den in der vergangenen Legislaturperiode begonnenen Aufbau einer dauerhaften Stabilitätsarchitektur für die Eurozone setzen wir konsequent fort.

Mit dem am 1. Januar 2013 in Kraft getretenen Fiskalvertrag haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union außer Großbritannien und Tschechien verpflichtet, einheitliche und dauerhaft verbindliche Haushaltsregeln in ihre nationalen Rechtsordnungen aufzunehmen. Dazu gehört insbesondere eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild. Ergänzend dazu wurde der Euro-Plus-Pakt geschlossen, mit dem die Wettbewerbsfähigkeit in allen Mitgliedstaaten verbessert werden soll.



Das Problem in Europa ist nicht mangelnde Liquidität, sondern die überbordende Staatsverschuldung und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einzelner Mitgliedstaaten. Deshalb hat die unionsgeführte Bundesregierung bei der Überwindung der Staatsschuldenkrise konsequent am Prinzip „Solidarität nur gegen Solidität – Hilfe nur gegen Reformen“ festgehalten. Finanzhilfen der europäischen Rettungsschirme sind demgemäß an strenge Auflagen zu wachstums- und beschäftigungsfördernden Struktur-

reformen und zur Sanierung der Staatsfinanzen geknüpft. Wir sind davon überzeugt, dass nur nachhaltige Strukturreformen einen dauerhaften Weg aus der Krise weisen. Deshalb dürfen wir die betroffenen Staaten nicht aus ihrer Verantwortung für notwendige Reformen zur Stärkung der Wirtschaftskraft und zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte entlassen.

Heute zeigt sich: Dieser Kurs war und ist hart, aber richtig. Seit Dezember 2013 haben Irland, Spanien und Portugal ihre Hilfsprogramme beendet. Griechenland und Zypern haben unter großen Anstrengungen beachtliche Fortschritte erzielt und sind an den Kapitalmarkt zurückgekehrt. Aber wir brauchen mehr denn je von allen Mitgliedstaaten ein klares Bekenntnis zum europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt. Wenn jetzt einige Staaten bei Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen nachlassen, untergräbt das die Anstrengungen, die andere Länder auf sich genommen haben. Und auch das Vertrauen der Bürger in die Stabilität der Eurozone wird beschädigt.

Neue Impulse für eine neue Dynamik

Die CSU-Landesgruppe sagt „Nein“ zu schuldenfinanzierten Wachstumsimpulsen für Europa. Konjunkturelle Strohfeuer ersetzen keine Strukturreformen, sondern verschärfen die Schuldenspirale. Wir setzen uns stattdessen dafür ein, dass die Bedingungen für private Investitionen in Europa im Rahmen einer auf Konsolidierung ausgerichteten Finanzpolitik verbessert werden. Das ist der Weg für nachhaltiges Wachstum.

Und auch bei dem vom neuen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker angekündigten 300-Milliarden-Investitionsprogramm gilt: entscheidend ist, wohin die Mittel fließen. Wir setzen uns dafür ein, dass Europa mit diesen Mitteln die Weichen auf Wachstum und Beschäftigung stellt. Das heißt: Investitionen in die Infrastruktur, in den Breitbandausbau, in intelligente Energienetze, in Forschung und Entwicklung sowie in die Stärkung des Mittelstands. Das schafft die größte und nachhaltigste Rendite.

Bankenunion auf den Weg gebracht

Bei der Bewältigung der Finanz- und Staatsschuldenkrise haben wir in den vergangenen sechs Jahren Erhebliches geleistet. Seit dieser Zeit haben die unionsgeführten Koalitionen in Deutschland über 40 Gesetze und Verordnungen verabschiedet, mit denen die in der Finanzkrise zutage getretenen Defizite beseitigt werden sollen. Wir haben Konsequenzen aus der Krise gezogen und uns auch für eine Verschärfung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts eingesetzt. Ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer verbesserten Stabilitätsarchitektur ist die Einführung einer europäischen Bankenaufsicht.

Stabiler Euro		
Stabile Haushalte	Stabile Wirtschaft	Stabile Finanzmärkte
Neue haushaltspolitische Überwachung	Neue wirtschaftspolitische Steuerung	Europäische Bankenunion
<ul style="list-style-type: none"> - Fiskalvertrag - Stabilitäts- und Wachstumspakt - Europäisches Semester 	<ul style="list-style-type: none"> - Europa 2020 - Euro-Plus-Pakt - Wirtschaftspolitisches Überwachungsverfahren 	<ul style="list-style-type: none"> - Bankenaufsicht - Bankenabwicklung - Einlagensicherung
Stabilitätsmechanismen		
<ul style="list-style-type: none"> - Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) - Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) - Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) 		

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Am 4. November 2014 hat die Europäische Zentralbank (EZB) mit dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus für Banken ihre Arbeit aufgenommen. Die Europäische Zentralbank ist nun für die Aufsicht von 120 bedeutenden, größeren Banken und Bankengruppen direkt zuständig. Der einheitliche europäische Aufsichtsmechanismus bildet einen Teil des Gesamtprojekts Bankenunion, das im nächsten Schritt ab dem Jahr 2016 einen gemeinsamen europäischen Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute vorsieht. Die unheilvolle Verknüpfung von Problemen im Bankensektor mit den öffentlichen Haushalten soll dadurch deutlich verringert werden.

Die Große Koalition hat am 6. November 2014 den Weg für die nationale Umsetzung des europäischen Abwicklungsmechanismus freigemacht. Bei der Sanierung oder Abwicklung einer Bank werden künftig vorrangig ihre Eigentümer und Gläubiger herangezogen. Für diese Neuregelung hat sich die unionsgeführte Bundesregierung auf europäischer Ebene eingesetzt. Damit werden im Falle einer Schieflage diejenigen zur Haftung herangezogen, die zuvor auch von risikoreichen Bankgeschäften profitiert haben. Sollte das nicht ausreichen, greift der europäische Bankenabwicklungsfonds, der nach deutschem Vorbild mit Geldern der Banken gefüllt wird. Nur danach und nur wenn alle anderen Maßnahmen nicht ausreichen, können öffentliche Mittel zum Einsatz kommen. In Deutschland wird diese Haftungsreihenfolge bereits ab dem 1. Januar 2015 gelten.

Das Lebensversicherungsreformgesetz: Sicherheit im Alter

Die Staatsschuldenkrise und die aktuelle Niedrigzinsphase verunsichern nicht nur unsere Wirtschaft, sondern stellen auch die Anbieter von Lebensversicherungen vor große Herausforderungen. Um die Lebensversicherung als ein Instrument für die Altersvorsorge attraktiv zu halten, hat die Koalition mit dem Lebensversicherungsreformgesetz die Grundlagen dafür geschaffen, dass die Lebensversicherer ihren Kunden die vertraglich garantierten Leistungen auch langfristig weiter auszahlen können.

Für Freizügigkeit – gegen Sozialmissbrauch



Die CSU-Landesgruppe hat bei ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth im Januar 2014 die öffentliche Diskussion über die Armutszuwanderung angestoßen und Lösungen gegen einen fortgesetzten Zuzug in unsere sozialen Sicherungssysteme aufgezeigt. Wir haben dabei klargestellt, dass wir auch weiterhin zur Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union stehen, aber nicht deren Missbrauch dulden. Freizügigkeit heißt für uns die Freizügigkeit von Arbeitnehmern, aber nicht die Wahlfreiheit der besten Sozialleistungen in Europa.

Wir sind für diese Positionierung hart angegangen worden. Die damals vorliegenden Zahlen zur Zuwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme haben sich zwischenzeitlich weiter verschärft. Der Bericht des auf Drängen der CSU-Landesgruppe eingerichteten Staatssekretärsausschusses belegt: Die CSU-Landesgruppe hat das Thema Armutsmigration zu Recht auf die Tagesordnung gesetzt. Der Handlungsbedarf ist mittlerweile anerkannt.

Ein Gesetz zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer Vorschriften soll noch vor Ende des Jahres in Kraft treten.

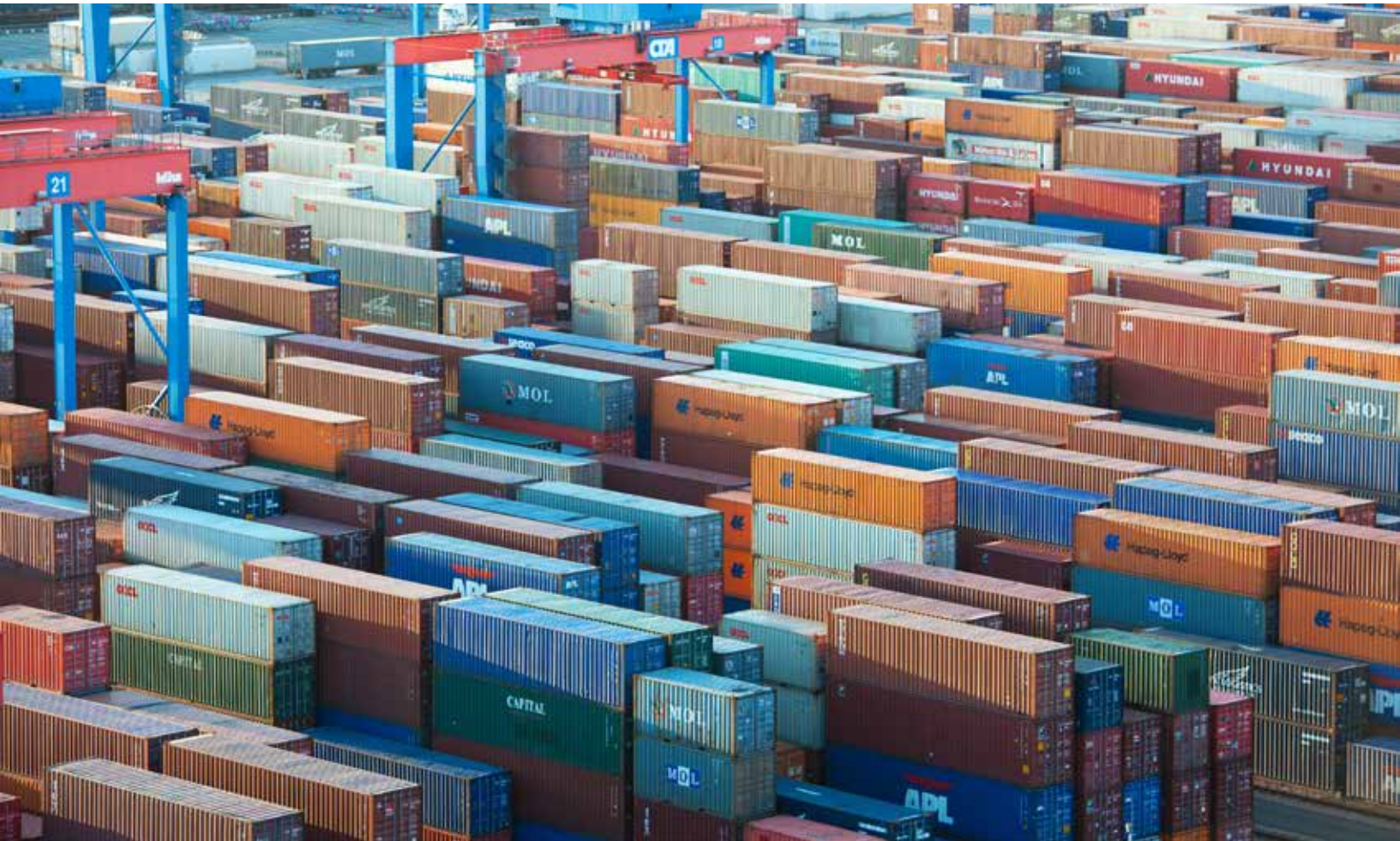
Wir haben wichtige Erfolge – auch und gerade für unsere Kommunen – erzielt: Das Freizügigkeitsgesetz/EU wird jetzt um befristete Wiedereinreisesperren ergänzt. Im Fall von Rechtsmissbrauch oder Betrug in Bezug auf das Freizügigkeitsrecht kann eine befristete Wiedereinreisesperre ausgesprochen werden. Wer sein Aufenthaltsrecht durch Betrug verliert, darf künftig nicht mehr direkt nach Deutschland zurückkehren. Zudem wird das Verwenden von falschen Angaben, um für sich oder andere eine Aufenthaltskarte oder eine Aufenthaltsbescheinigung in Deutschland zu erhalten, künftig unter Strafe gestellt. Dies hilft, zukünftig bei unmittelbarem Missbrauch auch strafrechtlich gegen die Täter und die Beteiligten vorzugehen. Daneben wird das Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche in Deutschland auf sechs Monate befristet. Es kann somit unmittelbar erlöschen, wenn in Deutschland keine Arbeit gefunden wird. Diese gesetzliche Klarstellung vereinfacht nicht nur die Bearbeitung von Anträgen, sondern beseitigt auch aufgetretene Rechtsunsicherheiten.

Darüber hinaus werden die bestehenden Regelungen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit verschärft. Die Gewerbeämter sollen künftig noch stärker als bisher Gewerbeanzeigen auf Anhaltspunkte für Scheinselbständigkeit prüfen und Verdachtsfälle an die Finanzkontrolle Schwarzarbeit übermitteln. Der Bezug von Kindergeld wird an strengere Voraussetzungen geknüpft. Die Angabe der Steueridentifikationsnummer des Kindes wird verpflichtend, so dass ein Doppelbezug verhindert werden kann.

Weitere Informationen unter:

www.csu-landesgruppe.de/finanzen
www.csu-landesgruppe.de/europa

Wirtschaft – Wachstum – Wohlstand



Die deutsche Wirtschaft – stark in schwieriger Lage

Deutschland ist und bleibt der Wachstumsmotor Europas und der Stabilitätsanker in der Eurozone. Die internationalen Krisen wie die Ukraine-Krise, die Bedrohung durch IS, die schwierige Lage im Nahen Osten und die Ebola-Katastrophe drücken auf die Stimmung der deutschen Wirtschaft, so dass der Internationale Währungsfonds (IWF) für die gesamte Euro-Zone nur noch 0,8 Prozent Wachstum in diesem Jahr erwartet. Auch die Bundesregierung hat ihre Wachstumsprognose nach unten korrigiert. Für 2014 rechnet sie nunmehr mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 1,2 Prozent und für 2015 von 1,3 Prozent. Aber im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten und im Angesicht der geopolitischen Krisen wie auch der moderaten weltwirtschaftlichen Entwicklung wird für Deutschland weiterhin eine sehr gute wirtschaftliche Entwicklung für die kommenden Jahre prognostiziert.

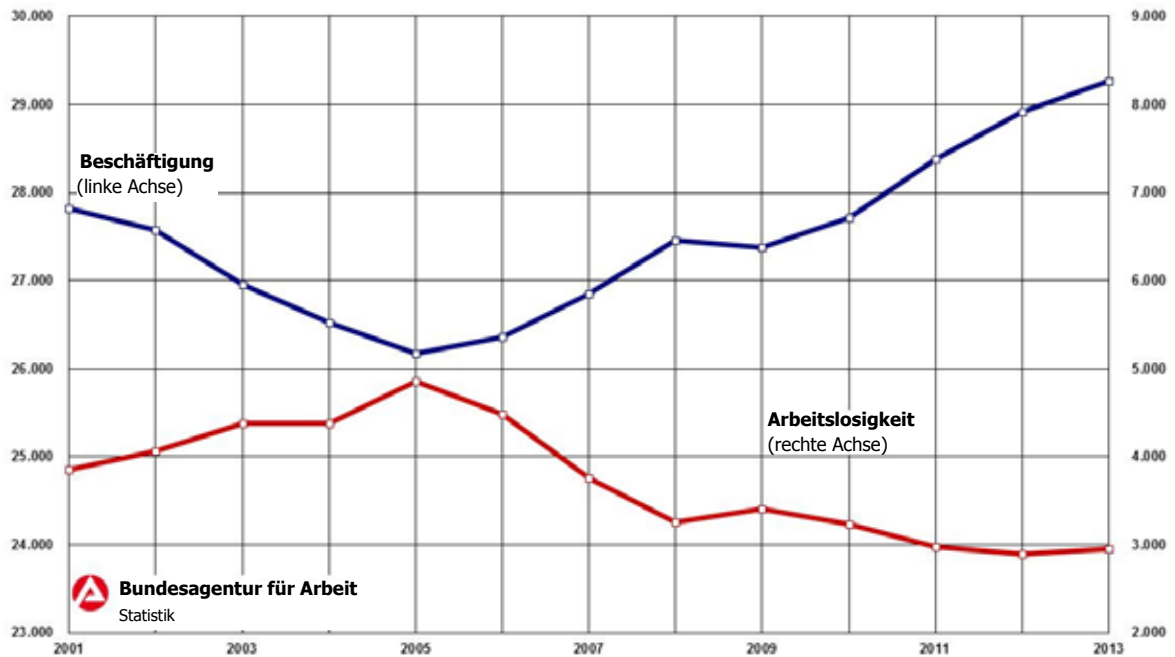
Wohlstand durch Arbeit für alle

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist hervorragend. In Deutschland haben mit über 42 Millionen Erwerbstätigen so viele Menschen Arbeit wie nie zuvor. Die Einkommen steigen. Die Zahl der Arbeitslosen liegt deutlich unter drei Millionen. Die Exporte erreichen seit Jahren neue Bestmarken. Zudem wird das Wachstum in Deutschland zunehmend von der Binnennachfrage getragen. Das ist das Ergebnis einer Gemeinschaftsleistung: innovative Unternehmen, starke Gewerkschaften und Tarifabschlüsse mit Augenmaß.

Unser Leitbild: Die Soziale Marktwirtschaft

Das ordnungspolitische Leitbild unserer Politik ist die Soziale Marktwirtschaft. Ein starker Sozialstaat ruht auf dem Fundament einer starken und wettbewerbsfähigen Wirtschaft mit freiem Unternehmertum und privaten Initiativen. Soziale Marktwirtschaft heißt für die CSU-Landesgruppe: so viel Freiheit wie möglich, soviel Staat wie nötig.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Arbeitslosigkeit - in Tausend -



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Wir setzen auf das Primat der Eigenverantwortung und verbinden Leistung und Solidarität. Dabei ist unser Credo: Wesen und Qualität des Staates bemessen sich nicht in der Höhe der Transferleistungen, sondern in den Chancen, die er seinen Bürgern auf ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Würde zu bieten vermag. Das heißt für uns: Wir wollen aktivieren statt alimentieren. So wurde Wohlstand für alle in Deutschland möglich. Diesen Weg gehen wir weiter. Wir brauchen nicht mehr Staat, sondern mehr Subsidiarität. Wir sind überzeugt: Subsidiarität ist die Erfolgsformel der Sozialen Marktwirtschaft und damit der Schlüssel für neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik, aber auch zum schlanken, aber starken Staat.

Sichere Energie für ein modernes Land

Energie ist die Grundlage für Wachstum, Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze in Deutschland. Auf dem Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien, den Deutschland gerade beschreitet, sind uns drei Ziele gleichermaßen wichtig: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit. Dass wir diese Ziele erreichen, ist wichtig für die Verbraucher, also für Bürger und für Unternehmen, in unserem Land.

Wir wollen die Energiewende zu einer Erfolgsgeschichte machen und Deutschland zu einem der modernsten Energiestandorte der Welt entwickeln. Für die CSU-Landesgruppe ist dabei entscheidend: Wir machen die Energiewende mit den Bürgern und nicht gegen sie. Wir brauchen die Akzeptanz der Menschen vor Ort, wenn wir erfolgreich sein wollen. Deshalb ist es uns wichtig, dass die von notwendigen Maßnahmen Betroffenen mitbestimmen können. Wir haben zum Beispiel dafür gesorgt, dass jedes Land die Mindestabstände für den Ausbau der Windkraft vor Ort selbst regeln kann. Die Kommunen können selbst entscheiden, ob sie davon abweichen wollen.

Sicherer und bezahlbarer Strom durch die EEG-Reform

Vor der parlamentarischen Sommerpause haben wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) grundlegend reformiert. Ziel der Reform war es, in Zukunft einen geordneten Ausbau der Erneuerbaren Energien sicherzustellen. Dabei sollen zugleich die Kosteneffizienz und die Wirtschaftlichkeit des Fördersystems erhöht werden. Dazu wollen wir unter anderem die Erneuerbaren über Ausschreibungen schrittweise an den Markt heranführen.

Die CSU-Landesgruppe hat bei der EEG-Reform wichtige Punkte für den Freistaat Bayern und für ganz Deutschland durchgesetzt: Die Ausnahmen für energieintensive Betriebe bei der EEG-Umlage bleiben erhalten. Die für diese Branchen notwendigen Entlastungsregelungen sind nun europarechtskonform ausgestaltet. Damit sichern wir unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit und unsere Arbeitsplätze in Bayern und Deutschland. Der Bestandsschutz für Biomasse und Geothermie wurde gestärkt.



Die Regelungen im Bereich Wasserkraft wurden auf unsere Initiative hin so nachgebessert, dass diese Technologie auch weiterhin ihren notwendigen Beitrag zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende leisten kann.

Die Energieeffizienz ist ebenfalls ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Energie, die nicht verbraucht wird, muss nicht erzeugt werden. Deshalb werden wir die Energieeffizienz stärker als bisher in den Fokus rücken und in einem Aktionsplan notwendige Maßnahmen festlegen.

Versorgungssicherheit zu jeder Tages- und Nachtzeit

Damit uns zukünftig keine Versorgungslücken drohen, müssen wir uns – auch europaweit – darauf verständigen, nicht nur die Erzeugung, sondern auch die Bereitstellung von Leistung zu vergüten. Wir werden dafür entsprechende Lösungen entwickeln. Unser Ziel ist eine technologieoffene und wettbewerbliche Lösung, die neben gesicherten Erzeugungskapazitäten auch Speicher und ein Lastmanagement einbezieht.

Derzeit stehen auch der Ausbau und die Modernisierung der Stromnetze als Komponenten bei der Umsetzung der Energiewende in der Diskussion. In der vorletzten und vergangenen Legislaturperiode wurden u.a. mit dem Energieleitungsausbaugesetz und dem Bundesbedarfsplangesetz Maßnahmen ergriffen, um den Ausbau der Netze voranzubringen.

Eine grundlegende Veränderung der Rahmenbedingungen für die Stromerzeugung, etwa durch die am 1. August 2014 in Kraft getretene EEG-Reform und anstehende Lösungen zur Gewährleistung von ausreichenden Reservekapazitäten, wirkt sich auf den Netzausbau aus. Deshalb ist es sinnvoll, den Netzausbaubedarf noch einmal zu überprüfen und die geltenden Regelungen gegebenenfalls anzupassen. Der CSU-Landesgruppe ist es dabei ein wichtiges Anliegen, die Betroffenen vor Ort einzubeziehen.

Netze sollen nur dann gebaut werden, wenn dies notwendig ist. Aber eines steht auch fest: Für die bayerischen Unternehmen und Verbraucher brauchen wir die notwendige Infrastruktur, um unsere drei Ziele – Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit – zu erreichen.

Freihandelsabkommen: Wachstumschancen nutzen und Verbraucherschutz stärken

Der freie internationale Handel mit Gütern und Dienstleistungen ist eine Grundvoraussetzung für Wachstum und Wohlstand in Europa und insbesondere für die exportorientierte deutsche Volkswirtschaft. Der Anteil der Exporte am deutschen Bruttoinlandsprodukt liegt bei rund 51 Prozent. Mit Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen von 1,385 Billionen Euro im Jahr 2013 ist Deutschland der drittgrößte Exporteur weltweit.

Deutschland hat daher ein vitales Interesse an einem freien und transparenten Welthandel und am Abschluss neuer bilateraler Freihandelsabkommen, z.B. mit den USA (TTIP), mit Kanada (CETA), auch mit Japan oder Indien. Von herausragender Bedeutung sind auch die Gespräche auf multilateraler Ebene, etwa im Rahmen der Doha-Runde oder für ein Dienstleistungsabkommen (TiSA).

Die CSU-Landesgruppe setzt sich für einen erfolgreichen Abschluss der laufenden Freihandelsgespräche ein. Für uns ist klar, dass eine Absenkung von Schutzstandards im Rahmen von Freihandelsabkommen, z.B. in den Bereichen des Verbraucher-, Arbeitnehmer- und Umweltschutzes oder in der öffentlichen Daseinsvorsorge, nicht in Frage kommt. In vielen Gesprächen und Veranstaltungen beraten wir diese Themen mit Vertretern der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft sowie der europäischen Institutionen. Wir haben dazu in der CDU/CSU-Fraktion auch eine eigene Arbeitsgruppe zu TTIP eingerichtet.

Mehr Transparenz bei Rüstungsexporten

Bei Rüstungsexportentscheidungen hat die Koalition aus CDU/CSU und SPD für mehr Transparenz gesorgt. Der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung wird nunmehr bereits vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause des Folgejahres veröffentlicht und damit wesentlich früher als bisher. Zusätzlich gibt es im Herbst jedes Jahres einen Zwischenbericht. Des Weiteren wird der Deutsche Bundestag über abschließende Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates jetzt immer unverzüglich unterrichtet. Die CSU-Landesgruppe wird den Druck erhöhen, damit beschlossene Lieferungen nicht länger auf Eis liegen.

Innovativer Mittelstand

Der Mittelstand ist Arbeitgeber und Ausbilder der Nation. Er ist nicht nur das Rückgrat, sondern auch der wichtigste Innovations- und Technologiemoor unserer Volkswirtschaft. Viele kleine Unternehmen, meistens Familienbetriebe, sind mit Hightech-Produkten in Marktnischen oder in



Zulieferketten für große Unternehmen Weltmarktführer. Diese „Hidden Champions“ stehen mit ihrer großen internationalen Präsenz für eine breit aufgestellte, starke und wettbewerbsfähige Wirtschaft.

Der Grund für Deutschlands wirtschaftliche Stärke liegt auch und gerade in der Innovationskraft unserer Unternehmen. Deutschland hat seit 2005 – selbst während der Wirtschafts- und Finanzkrise – konsequent und kräftig in Forschung und Entwicklung investiert.

Die CSU-Landesgruppe will diesen Standortvorteil durch eine strategische Innovationspolitik weiter ausbauen – mit Planungssicherheit für unsere Unternehmen und unserer Hightech-Strategie, die wir seit 2006 konsequent vorantreiben. Wir mobilisieren damit alle Potenziale in Wissenschaft und Wirtschaft und treiben den Wissenstransfer weiter voran.

Wir sorgen für fairen Wettbewerb und unterstützen Innovationsprojekte der Wirtschaft mit technologieoffenen Förderprogrammen, aber auch durch die gezielte Förderung der Entwicklung von Schlüsseltechnologien und IT-Kernkompetenzen auf eigenen Technologieplattformen. Wir stehen an der Seite der Gründer, die mit ihrem Mut, ihren Ideen und ihrem Erfindergeist technische Innovationen hervorbringen und damit Wachstum und Wohlstand schaffen.

Verkehr der Zukunft

Gut ausgebaute und leistungsfähige Straßen, Schienen und Wasserwege sind Grundvoraussetzung dafür, dass die Menschen sicher ans Ziel kommen und die Wirtschaft ihre Güter transportieren kann. Für die CSU-Landesgruppe ist es besonders wichtig, dass die ländlichen Räume gut an das überregionale Verkehrsnetz angebunden werden. Das werden wir bei der Erstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans berücksichtigen. Dabei haben Investitionen in bestehende Infrastruktur Vorrang vor Neubauprojekten.

Wir wollen vor allem Engpässe auf Hauptachsen beseitigen und die Potenziale vorhandener Verkehrswege durch moderne Verkehrsleitsysteme und durch bauliche Anpassungen besser nutzen. Nach Bewertung der angemeldeten Projekte und einer umfassenden Öffentlichkeitsbeteiligung werden wir die entsprechenden Ausbaugesetze mit Bedarfsplänen im Deutschen Bundestag beraten. Ziel ist ein Bundesverkehrswegeplan, der ökonomischen Aspekten Rechnung trägt und die Mobilität der Bürger fördert.

Fünf Milliarden Euro zusätzlich für die Verkehrsinfrastruktur

Bereits in den vergangenen Jahren sind die Verkehrsinvestitionen gestiegen. Wir haben in den Koalitionsverhandlungen erreicht, dass in dieser Legislaturperiode zusätzlich fünf Milliarden Euro für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stehen.



Damit ist der Verkehrshaushalt der größte Investitionshaushalt des Bundes. Bis zum Ende dieser Legislaturperiode im Jahr 2017 wird er auf 12,1 Milliarden Euro anwachsen.

Nutzerfinanzierung durch die Infrastrukturabgabe kommt

Gleichwohl sind sich viele Verkehrsexperten einig, dass noch mehr Geld für unsere Verkehrsinfrastruktur benötigt wird. Deshalb brauchen wir mehr private Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und auch die Nutzerfinanzierung als weitere Säule zur Finanzierung unserer Verkehrsinfrastruktur. Um die Nutzerfinanzierung zu stärken, werden wir die LKW-Maut ab dem 1. Juli 2015 auf weiteren rund 1.000 Kilometern autobahnähnlich ausgebauten Bundesstraßen erheben und ab 1. Oktober 2015 auf Fahrzeuge ab 7,5 Tonnen (bisher 12 Tonnen) zulässigem Gesamtgewicht erweitern.

Außerdem wollen wir eine Infrastrukturabgabe für im Ausland zugelassene Kraftfahrzeuge. Die daraus resultierenden Einnahmen werden wir zusätzlich und direkt in unsere Straßen investieren. Halter von in Deutschland zugelassenen Kraftfahrzeugen werden nicht mehr Geld bezahlen als heute. Das haben wir versprochen. Und das gilt.

Mobil in die Zukunft

Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für persönliche Freiheit, gesellschaftliche Teilhabe sowie für Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Die Akzeptanz für Mobilität und die weitere Modernisierung der Infrastruktur hängt entscheidend davon ab, dass die Lärmbelastung reduziert wird. Die neue Verkehrslärmschutz-Verordnung wird zu Verbesserungen für betroffene Anwohner beim Neu- und Ausbau von Schienenstrecken führen. Und mit einem Elektromobilitätsgesetz wollen wir mehr Elektrofahrzeuge auf die Straße bringen.

Elektrofahrzeugen soll unter anderem die Mitbenutzung von Busspuren ermöglicht sowie besonders reservierte Parkplätze bereitgestellt werden.

Wir wollen die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Luftverkehrs in Deutschland sichern und verbessern. Gleichzeitig braucht die Stärkung des Luftverkehrs ebenso die Akzeptanz der Menschen in unserem Land. Deshalb wollen wir die Auswirkungen des Luftverkehrs auf die Menschen und Umwelt weiter mindern und die Betroffenen stärker in die Planungen an den Standorten einbeziehen.

Standorte der Wasser- und Schifffahrtsämter bleiben erhalten

In der letzten Legislaturperiode haben wir mit der Modernisierung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung begonnen. So nimmt z.B. seit dem 1. Mai 2013 anstelle der bisher regional zuständigen Wasser- und Schifffahrtsdirektionen eine zentrale Stelle, die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt, die mittelbehördlichen Aufgaben wahr. In dieser Legislaturperiode haben wir in einem zweiten Schritt begonnen, die Struktur der Wasser- und Schifffahrtsämter anzupassen. Die bestehenden 39 Wasser- und Schifffahrtsämter sollen zu 18 Wasserstraßen- und Schifffahrtsämtern zusammengeführt werden. Sie sind künftig für bestimmte Verkehrsrelationen (Reviere) zuständig. Für die CSU-Landesgruppe war besonders wichtig, dass alle Standorte der heutigen Wasser- und Schifffahrtsämter erhalten bleiben.

Breitbandausbau: Der Schlüssel zur Zukunft

Unser Ziel ist, dass in Deutschland ab dem Jahr 2018 flächendeckend Internetanschlüsse mit einer Bandbreite von mindestens 50 MBit/s zur Verfügung stehen. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode die „Digitale Agenda 2014-2017“ gestartet. Ihre drei Kernziele sind die stärkere Erschließung des Innovationspotenzials unseres Landes, der Aufbau flächendeckender Hochgeschwindigkeitsnetze und die Förderung

digitaler Medienkompetenz für alle Generationen sowie die Verbesserung der Sicherheit und der Schutz der IT-Systeme und Dienste.

Der Breitbandausbau muss im Wesentlichen durch den Markt erfolgen. Der Staat kann nur Impulse setzen und muss da eingreifen, wo der Markt versagt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Erlöse aus der für Anfang 2015 geplanten Frequenzvergabe/-versteigerung, die Digitale Dividende II, vollständig für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden.

Wir wollen, dass jede Möglichkeit genutzt wird, um die Kosten des Breitbandausbaus zu senken. So verursachen z.B. bei der Verlegung von leitungsgebundenen Breitbandverbindungen die Tiefbauarbeiten etwa 80 Prozent der Kosten. Deshalb wollen wir Synergien nutzen.

Größter Bildungshaushalt aller Zeiten

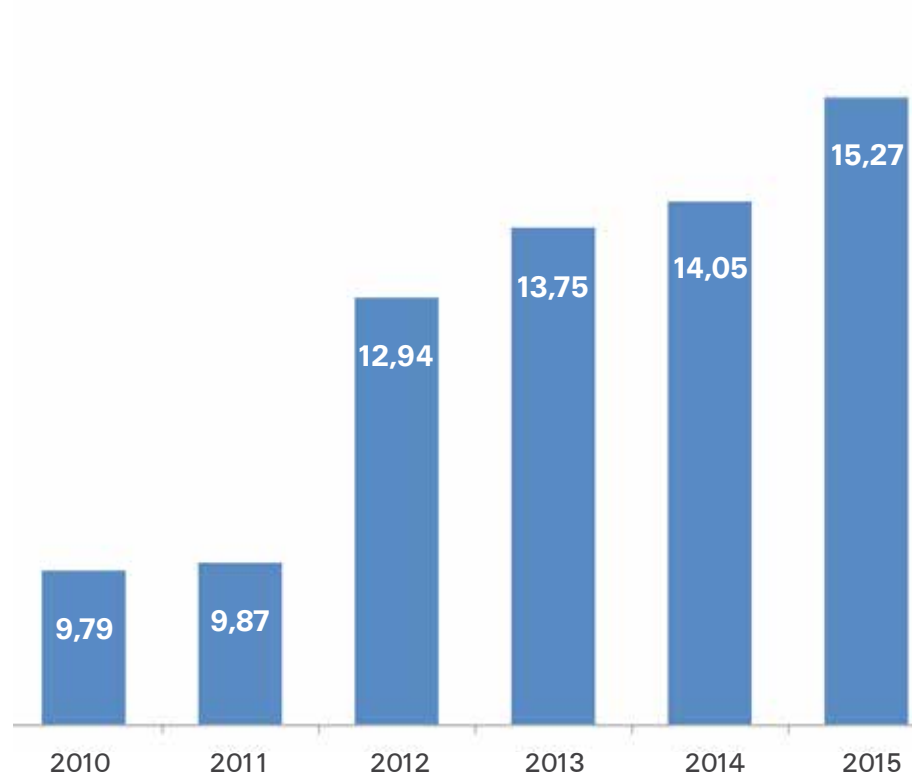
Wir sind ein rohstoffarmes Land. Bildung ist deshalb die Voraussetzung für Freiheit und Eigenverantwortung, aber auch für Wohlstand, Wachstum und wirtschaftlichen Erfolg. Wissenschaft und Forschung sind die ersten Glieder einer Innovationskette, an deren Ende aus Ideen neue Produkte „Made in Germany“ werden. Deshalb hat für die CSU-Landesgruppe die Förderung von Bildung und Forschung höchste Priorität.

Wir haben den größten Bildungshaushalt aller Zeiten: Mit über 15 Milliarden Euro nur für Bildung und Forschung hat sich dieser Zukunftsetat seit 2005 verdoppelt.

Eines unserer wichtigen Projekte ist der Hochschulpakt, mit dem wir den Ländern bei der Schaffung zusätzlicher Studienplätze zur Seite stehen. Rund 625.000 zusätzliche Studienplätze konnten so eingerichtet werden.

Ausgaben Bildung und Forschung 2010-2015

in Mrd. Euro (laut Einzelplan 30)



Quelle: Haushaltspläne Bundesministerium für Bildung und Forschung

Ohne die Hilfe des Bundes wäre der durch doppelte Abiturjahrgänge, Aussetzung der Wehrpflicht und gestiegene Studierneigung begründete Ansturm auf die Hochschulen nicht zu bewältigen gewesen. Darüber hinaus verbessern wir durch den „Qualitätspakt Lehre“ die Studienbedingungen und die Qualität der Lehre insgesamt.

Die deutschen Hochschulen sind international wieder sichtbar und für nationale wie internationale Studenten attraktiv wie nie zuvor. Inzwischen nimmt etwa die Hälfte eines Jahrganges ein Studium auf.

Deshalb haben wir durch eine Änderung des Grundgesetzes dafür gesorgt, dass der Bund künftig in Fällen überregionaler Bedeutung Hochschulen auch in der Lehre dauerhaft und institutionell – und nicht nur wie bislang projektbezogen und damit zeitlich befristet – fördern kann. Dies bringt Planungssicherheit bei allen Beteiligten.

BAföG-Reform durchgesetzt

Bildung darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern. Deswegen haben wir beschlossen, zum Schuljahr 2016 bzw. Wintersemester 2016/2017 die Bedarfssätze und Freibeträge im BAföG um sieben Prozent anzuheben.



Außerdem steigt der Wohnzuschlag für BAföG-Empfänger, die nicht bei ihren Eltern wohnen, auf 250 Euro monatlich. Damit beträgt der Förderungshöchstsatz künftig 735 Euro monatlich statt bisher 670 Euro. Wir heben den Kinderbetreuungszuschlag von 113 Euro für das erste Kind und 80 Euro für jedes weitere auf 130 Euro pro Kind an. Der Vermögensfreibetrag steigt von bisher 5.200 Euro auf 7.500 Euro.

Um die Länder zu unterstützen, übernimmt der Bund ab 2015 die volle Finanzierung des BAföG, wodurch die Länder um knapp 1,2 Milliarden Euro jährlich entlastet werden. Wir haben vereinbart, dass die Länder dieses Geld in die Bildung investieren.

Erfolgsmodell duale Berufsausbildung

Das deutsche Berufsbildungssystem ist ein Garant für die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Wie kein anderes Ausbildungssystem vermittelt es berufliche Handlungskompetenz. Das ist der Schlüssel zur Sicherung unseres Fachkräftepotenzials.

Wir haben die Stärkung der dualen Berufsausbildung im Koalitionsvertrag als eine der vordringlichsten Aufgaben verankert. Dazu gehören die Erleichterung des Berufseinstiegs für leistungsschwächere Jugendliche und die Integration von Migranten sowie von Umsteigern aus dem akademischen System. Gemeinsam mit den Sozialpartnern und den Ländern wollen wir in der Allianz für Aus- und Weiterbildung jungen Menschen eine Ausbildungsgarantie geben.

Hightech-Strategie und Exzellenzinitiative weiter vorantreiben

Seit 2006 bündeln wir in der Hightech-Strategie die Innovationspolitik des Bundes. Wir werden diese Strategie zu einer umfassenden Innovationsstrategie ausbauen. Zwischen 2005 und 2013 stieg die Projektförderung des Bundes um 93 Prozent auf 7,2 Milliarden Euro.

Wir haben in der letzten Legislaturperiode die Gesundheitsforschung als einen von mehreren Schwerpunkten strukturell durch Deutsche Zentren der Gesundheitsforschung weiterentwickelt und massiv gestärkt. Schwerpunkte der dritten Auflage der Hightech-Strategie werden die Digitalisierung, der demographische Wandel und nachhaltiges Wirtschaften sein.

Deutschland ist ein erfolgreiches Innovationsland: Platz 3 hinter Schweden und Dänemark beim Innovation Union Scoreboard 2014 der EU und Platz 4 hinter der Schweiz, Singapur und Finnland, aber noch vor den USA beim Global Competitiveness Index 2013-2014 des Weltwirtschaftsforums. Hierzu haben wir im Bund einen maßgeblichen Beitrag geleistet.

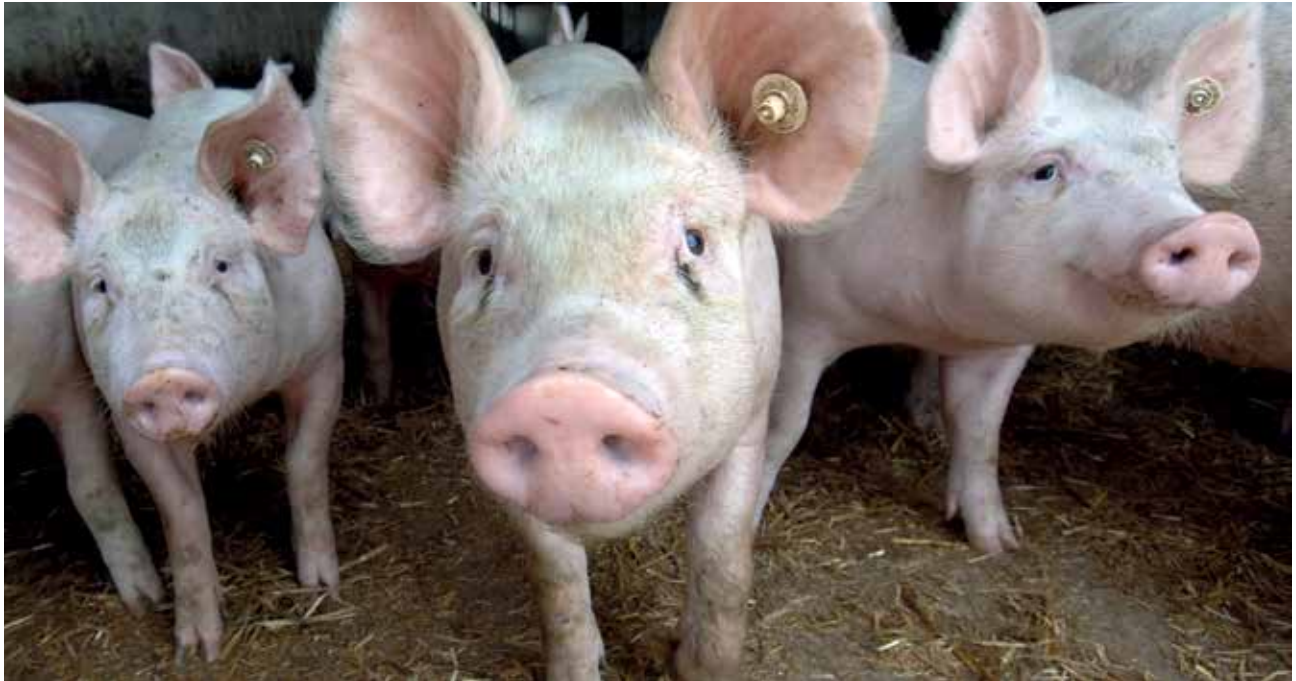
Von 2005 bis 2013 hat der Bund seine Ausgaben für Forschung und Entwicklung insgesamt um 60 Prozent auf rund 14,5 Milliarden Euro erhöht. Deutschland ist hinter den USA zweitwichtigstes Zielland für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen multinationaler Unternehmen. Zwischen 2005 und 2012 sind allein in der Forschung 114.000 hochwertige Arbeitsplätze entstanden. Das Ziel, drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr für Forschung und Entwicklung auszugeben, haben wir für Deutschland bereits 2012 erreicht.

Deutschland hat mit der Exzellenzinitiative und dem Pakt für Forschung und Innovation eine enorme Dynamik entfaltet. Parallel dazu haben wir mit dem Wissenschaftsfreiheitsgesetz die Eigenverantwortung und die Gestaltungsmöglichkeiten für die großen Forschungsorganisationen deutlich erweitert. Auf diese Weise haben wir die Budgets der großen Wissenschaftsorganisationen 2006 bis 2010 jedes Jahr um drei Prozent und seit 2011 jedes Jahr verlässlich um fünf Prozent angehoben. Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Bundes an den Hochschulen haben wir seit 2005 auf über 1,5 Milliarden Euro pro Jahr mehr als verdoppelt.

An der Seite der bäuerlichen Landwirtschaft

Unsere Landwirte produzieren gute und gesunde Lebensmittel und pflegen auch unsere einzigartige bayerische Kulturlandschaft. Lebensmittel aus Bayern sind Qualitätsprodukte. Sie sind weltweit gefragt und ein Exportschlager. Wir wollen deshalb keine Agrarindustrie in Bayern. Unsere ländlichen Räume sind neben den städtischen Zentren ein Wirtschaftsfaktor, um den man uns andernorts beneidet. So soll es auch in Zukunft bleiben. Deshalb müssen wir heute die Weichen für die Wettbewerbsfähigkeit unserer bäuerlichen Familienbetriebe stellen. Auch der Agrarmarkt ist zunehmend ein globaler, das zeigt die Russlandkrise schmerzlich.

Ein wesentlicher Schritt zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe ist uns bei der nationalen Umsetzung der EU-Agrarmarktreform gelungen.



Auf Initiative der CSU-Landesgruppe wird die einheitliche Basisprämie für alle Landwirte um eine besondere Förderung der ersten Hektare aufgestockt – Kleinbetriebe profitieren also ganz besonders. Gleichzeitig haben wir es geschafft, eine zusätzliche Unterstützung für Junglandwirte zu verankern. Dies ist wichtig, um landwirtschaftlichen Betrieben den Übergang auf die nächste Generation zu erleichtern.

Gentechnikfreies Bayern

Verantwortung und Nachhaltigkeit, das sind prägende Begriffe für den bäuerlichen Familienbetrieb. Beides steht auch im Zentrum unserer Agrarpolitik. Fortschritt ist wichtig, aber er darf die Akzeptanzgrenzen der Menschen nicht überschreiten. Aus diesem Grund haben wir uns dafür eingesetzt, dass der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Bayern untersagt werden kann – mit Erfolg.

Die Sicherheit unserer Lebensmittel hat für uns höchste Priorität. Wir setzen uns für eine umfassende Allergenkenzeichnung ein. Wichtig ist uns bei der Umsetzung der Lebensmittelinformationsverordnung aber eines: Nur was für das Handwerk und die Gastronomie praktikabel ist, wird am Ende auch erfolgreich sein.

Initiative Tierwohl

Aus unserem Verständnis von Verantwortung unterstützen wir die Initiative Tierwohl der Bundesregierung. Wir wehren uns gegen unsachliche Kritik an moderner Tierhaltung, aber wir sehen auch, dass nicht alles so bleiben darf, wie es ist. In der Tierwohlinitiative geht es um tiergerechte Stalleinrichtungen, um schmerzfreies Schlachten und um die Förderung des Verbraucherbewusstseins.

Keine Verschärfungen der Düngeverordnung

Eine Überregulierung der Landwirtschaft lehnen wir entschieden ab. Unsere Landwirte brauchen ihre Zeit für die Arbeit auf dem Acker und im Stall. Für eine immer weiter ausufernde Bürokratie ist kein Platz. Deshalb lehnen wir unsachliche Verschärfungen der Düngeverordnung, wie sie im letzten Jahr im Gespräch waren, nachdrücklich ab. Das gilt auch für immer neue Anforderungen an die Aufbewahrung von Gülle und Mist genauso wie für völlig überzogene Standards für den Ökolandbau. Für uns gehören Güllegruben und andere JGS-Anlagen nicht in die Anlagenverordnung. Wir wollen keine neuen Auflagen für Altanlagen. Hier muss voller Bestandsschutz gelten.

Weitere Informationen unter:

www.csu-landesgruppe.de/wirtschaft

www.csu-landesgruppe.de/landwirtschaft

Sozialer Zusammenhalt – starke und solidarische Gemeinschaft



Mütterrente durchgesetzt

Mit dem Rentenpaket stärken wir die Generationengerechtigkeit in Deutschland. Es trägt unsere Handschrift und ist am 1. Juli 2014 in Kraft getreten. Drei von vier Bestandteilen des Rentenpaketes sind langjährige Forderungen der CSU: Die Mütterrente setzt ein starkes Signal. Wir schließen damit auch eine eklatante Gerechtigkeitslücke und verbessern die rentenrechtliche Situation von Müttern mit vor 1992 geborenen Kindern. Die Mütterrente bedeutet eine Rentenerhöhung für etwa 9,5 Millionen Frauen. Wir haben ferner die Verbesserung bei der Erwerbsminderungsrente und die Erhöhung des Reha-Deckels durchgesetzt. Eine neue Frühverrentungswelle bei der abschlagsfreien Rente ab 63 Jahre nach 45 Beitragsjahren haben wir verhindert. Dabei haben wir auch sichergestellt, dass freiwillige Beitragszahlungen nicht schlechter gestellt werden als Zeiten der Arbeitslosigkeit. Die Leistungsverbesserungen werden wirkungsgleich auf die Alterssicherung der Landwirte übertragen.

Daneben arbeiten wir daran, dass erfahrene Fachkräfte und Wissens-träger auch nach Erreichen der Altersgrenze beschäftigt werden können, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer das wollen.

Stärkung der Tarifautonomie – Mindestlohn mit Augenmaß

Wer Vollzeit arbeitet, soll auch davon leben können. Der Mindestlohn darf aber keine Arbeitsplätze gefährden. Deshalb haben wir im parlamentarischen Verfahren Ausnahmen durchgesetzt, die sich an der praktischen Lebenswirklichkeit orientieren: Wir haben für Branchen mit besonderen Anpassungsproblemen, z.B. für Zeitungszusteller und Saisonarbeiter, Erleichterungen geschaffen und vernünftige Sonderregelungen gefunden. Das Tarifautonomiestärkungsgesetz stärkt ausdrücklich die Sozialpartnerschaft. Das heißt: Auch künftig entwickeln die Tarifpartner den Mindestlohn gemeinsam weiter.

Wahlfreiheit für Familien

Bei uns stehen Familien im Zentrum. Sie sind die Keimzelle unserer Gesellschaft. Familien verdienen Wertschätzung, Schutz und Förderung – ohne Wenn und Aber. Unser Ziel ist eine familiengerechte und kindergerechte Gesellschaft. Der Staat sollte Familien mit Zutrauen begegnen und nicht mit Misstrauen. Deshalb tritt die CSU-Landesgruppe für die Wahlfreiheit für Eltern ein.

Das Betreuungsgeld

Bei der Förderung von Familien setzt die CSU-Landesgruppe auf einen bewährten Dreiklang: mehr Zeit für Familien, gute Betreuung für Kinder und finanzielle Sicherheit. Kinderbetreuung und Betreuungsgeld sind keine Gegensätze, sondern echte Alternativen. Beide zusammen sichern Wahlfreiheit.

Jeder, der Kinder hat, weiß: Eine gute Eltern-Kind-Bindung ist die beste Basis für frühkindliche Bildung. Das Betreuungsgeld schafft Raum und Zeit für Familie und die notwendige Bindung. Es ist unabhängig von der Erwerbstätigkeit und hilft Eltern, die die Betreuung ihrer Kinder entweder selbst leisten oder privat organisieren. Der Erfolg gibt uns Recht. Im ersten Quartal 2014 haben fast 150.000 Eltern Betreuungsgeld für ihre einjährigen Kinder bezogen. Mit der diesjährigen Erhöhung des Betreuungsgeldes auf 150 Euro pro Monat wird die Nachfrage weiter steigen. Bundesweit liegen insgesamt 300.000 Anträge auf Betreuungsgeld vor.

Mehr Zeit für die Familie mit dem Elterngeld Plus

Finanzielle Sicherheit nach der Geburt eines Kindes bietet vor allem das Elterngeld. In dieser Legislaturperiode wird dies noch besser an die Bedürfnisse der Eltern angepasst und flexibler gestaltet.

Der Gesetzentwurf zur Einführung des Elterngeld Plus wird die Kombination von Elterngeldbezug und Teilzeiterwerbstätigkeit attraktiver machen und so vor allem Müttern den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern: Teilzeit arbeitende Eltern können künftig das Elterngeld Plus für die Dauer von bis zu 28 Monaten beziehen. Teilen sich Eltern die Betreuung ihres Kindes und arbeiten parallel für mindestens vier Monate zwischen 25 und 30 Wochenstunden, erhalten sie einen Partnerschaftsbonus – nämlich jeweils zusätzlich vier Elterngeld Plus-Monate. Außerdem wird die Elternzeit in dem Gesetzentwurf flexibilisiert: Künftig können Eltern 24 Monate der insgesamt 36 Monate Elternzeit zwischen dem dritten und achten Geburtstag ihres Kindes beanspruchen.

Unverminderte Dynamik beim Kita-Ausbau

Den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung unterstützen wir weiter kraftvoll: Zum 1. März 2014 wurden rund 660.000 Kinder unter drei Jahren in einer Kita oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut.



Der Bund hat dabei den Ausbau der Kinderbetreuung von unter Dreijährigen mit bislang 5,4 Milliarden Euro unterstützt. In dieser Legislaturperiode werden die Mittel nochmals um eine Milliarde aufgestockt. Ab 2017 wird der Bund auch seine finanzielle Unterstützung für Länder und Kommunen bei den Betriebskosten erhöhen – von 845 Millionen Euro auf 945 Millionen Euro jährlich. Weitere 400 Millionen Euro werden im Rahmen des Bundesprogramms „Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“ für die Sprachförderung eingesetzt.

Mehr Chancengleichheit für junge Menschen

Die CSU-Landesgruppe arbeitet an einem Gesamtkonzept für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung, Gewalt und Missbrauch. Ziel ist es, den Kinderschutz zu stärken und gleichzeitig nicht die Elternrechte in Deutschland aus dem Blick zu verlieren. Hierzu gehört es, die Wirksamkeit und Effizienz der Kinder- und Jugendhilfe zu beleuchten. Wir müssen hinterfragen, wie die verschiedenen Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe, des Kinderschutzes und der Familienhilfe wirken. Hierzu macht sich die CSU-Landesgruppe für umfassende, wissenschaftlich solide Studien zum Kindeswohl stark. Außerdem wird das Bundeskinderschutzgesetz bis Ende 2015 evaluiert. Wir wollen junge Menschen mit schwierigem familiärem Hintergrund etwa durch das Programm „Jugend stärken im Quartier“ begleiten. Außerdem streben wir Verbesserungen im Jugendschutz mit Blick auf die Nutzung neuer Medien sowie bezüglich des Verkaufs von Alkohol und Tabak im Online-Handel an.

Menschenhandel und Zwangsprostitution bekämpfen

Das Recht auf Selbstbestimmung und körperliche Unversehrtheit gehört zu den unveräußerlichen Rechten eines jeden Menschen. Es widerspricht unserem christlichen Menschenbild, wenn der Mensch zum Objekt degradiert und als Ware feilgeboten wird. Hier muss der Staat eingreifen.

Deshalb ist eine Novellierung des 2001 eingeführten, rot-grünen Prostitutionsgesetzes überfällig.

In unserer diesjährigen Klausurtagung in Wildbad Kreuth haben wir Forderungen für eine umfassende Regulierung der Prostitution beschlossen. Diese Forderungen haben zum Ziel, nicht-selbstbestimmte Prostitution zu unterbinden, die Bedingungen für Prostituierte zu verbessern und Menschenhandel zu bekämpfen. Deutschland darf nicht zum „Bordell Europas“ verkommen.

Politik für Seniorinnen und Senioren

Die Familienstrukturen ändern sich. Die Großfamilie mit mehreren Generationen unter einem Dach ist zur Ausnahme geworden. Wir fördern deshalb gezielt das generationenübergreifende Miteinander in den Mehrgenerationenhäusern. Hier übernehmen Menschen aller Generationen ehrenamtlich Verantwortung füreinander. Wir haben durchgesetzt, dass die Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser sichergestellt ist. Dafür stehen im kommenden Jahr 16,5 Millionen Euro bereit.

Das Pflegestärkungsgesetz: Bessere ambulante und stationäre Pflege

Die Humanität einer Gesellschaft zeigt sich auch darin, wie sie mit ihren Pflegebedürftigen umgeht. Das erste Pflegestärkungsgesetz tritt zum 1. Januar 2015 in Kraft und ist ein Meilenstein für unser soziales Deutschland. Damit steigen die Pflegeleistungen um vier Prozent, die gesamten Ausgaben für Pflege werden um rund 2,4 Milliarden Euro angehoben. In Pflegeheimen erhöhen wir die Anzahl der Betreuungskräfte. Wir arbeiten zudem an einem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, der auch kognitive Beeinträchtigungen wie die Demenz stärker berücksichtigt.

Mehr als zwei Drittel aller Pflegebedürftigen werden daheim versorgt, meist von ihren Angehörigen. Ihnen helfen wir insbesondere mit Verbesserungen im Bereich der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie der Tages- und Nachtpflege. Zudem werden die Zuschüsse für den altersgerechten Umbau der eigenen vier Wände auf bis zu 4.000 Euro angehoben. Auch die Zuschüsse zu Pflegemitteln, die im eigenen Haushalt verbraucht werden, steigen.

Wir machen die Pflege zukunftsfest. Ein Drittel der Beitragssatzerhöhung fließt in einen Pflegevorsorgefonds, um zum Renteneintritt der Babyboomer-Generation ab 2035 künftige Beitragszahler zu entlasten. Das ist gelebte Generationenverantwortung.



Familienpflegezeit: Mehr Unterstützung für Betroffene und ihre Angehörige

Mit dem Gesetzentwurf zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf bieten wir vielen Menschen mehr Möglichkeiten zur Pflege der nahen Angehörigen. Eine bis zu zehntägige Auszeit für Angehörige wird mit einer Lohnersatzleistung, dem neuen Pflegeunterstützungsgeld, gekoppelt. Damit können Angehörige kurzfristig eine erforderliche professionelle Unterstützung organisieren.

Ferner führen wir einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit ein. Danach können Beschäftigte sich künftig bis zu 24 Monate teilweise von der Arbeit freistellen lassen, wenn sie einen pflegebedürftigen nahen Angehörigen pflegen. Zur besseren Bewältigung des Lebensunterhalts während der Freistellung haben die Betroffenen sowohl in Fällen der Pflegezeit als auch der Familienpflegezeit einen Anspruch auf ein zinsloses Darlehen.

Die CSU-Landesgruppe hat eine lebensnahe Auslegung des Koalitionsvertrages durchgesetzt. So ist die Begleitung in der letzten Lebensphase in die Gesamtdauer von 24 Monaten mit einbezogen. Zur Vermeidung von Fehlanreizen wurde auch die ursprünglich geplante Härtefallregelung im Familienpflegezeitgesetz dahingehend geändert, dass die Darlehensschuld nur gestundet wird und nicht mehr erlischt, wenn der Darlehensnehmer mehr als 180 Tage ununterbrochen arbeitsunfähig ist. Dennoch bleibt auch hier für uns wichtig, die Familienpflegezeit auch für kleine und mittelständische Betriebe praktikabel zu gestalten.

Mehr Gerechtigkeit im solidarischen Gesundheitssystem

Die CSU-Landesgruppe steht für ein solidarisches Gesundheitssystem. Wir haben deshalb auch die Kopfpauschale in der Krankenversicherung abgeschafft.

Die im Bayernplan geforderte regionale Beitrags- und Vertragsautonomie für die Krankenkassen haben wir mit dem GKV-Finanzstärkungsgesetz, das ab dem 1. Januar 2015 wirksam wird, teilweise umgesetzt.

Insbesondere erhalten die Krankenkassen wieder mehr Beitragsautonomie, indem der allgemeine Beitrag abgesenkt wird und die einzelnen Krankenkassen künftig bei erhöhtem Finanzbedarf einkommensabhängige, prozentuale Zusatzbeiträge erheben können.

Wir verbessern zudem die Vergütung für Hebammen. Wir sichern damit auch die freie Wahl des Geburtsorts. Und wir stärken die hausärztliche Versorgung: Im Bayernplan haben wir die Aufhebung der Honorardeckelung bei Hausarztverträgen gefordert.

Diese Forderung haben wir zum 1. April 2014 gesetzlich umgesetzt. Hausärzte erhalten dadurch im Rahmen der Hausarztverträge mehr Geld. So bleibt der Hausarztberuf attraktiv – auch und gerade im ländlichen Raum.

Stärkung kleinerer Krankenhäuser

Wir wollen, dass das Vergütungssystem der Krankenhäuser schneller als bisher die tatsächlichen Kosten berücksichtigt. Dies gilt insbesondere für die Personalkosten. Dafür muss die Möglichkeit zur Zahlung von Sicherstellungszuschlägen für ländliche Krankenhäuser eröffnet werden.

Die bisherige Absenkung der Vergütung aller Krankenhausleistungen bei landesweiten Mengensteigerungen (doppelte Degression) wollen wir abschaffen. Dies stärkt kleinere Krankenhäuser, die bisher für Mehrleistungen in größeren Krankenhäusern in „Mithaftung“ genommen werden. Umgekehrt sollen auch Vorschläge zur sachgerechteren Vergütung von Hochkostenfällen insbesondere in Unikliniken erarbeitet werden.

Keine Umverteilung zu Lasten bayerischer Ärzte

Die Vergütung der niedergelassenen bayerischen Ärzte liegt über dem Bundesschnitt. Vor allem bezogen auf die Einnahmen pro Behandlungsfall werden in anderen Ländern niedrigere Werte erzielt.

Die Gründe für die unterschiedlichen Fallwerte sind einerseits unterschiedliche Versorgungsstrukturen und Behandlungsintensität sowie andererseits historisch bedingte Vergütungsunterschiede, z.B. infolge von Honorarvereinbarungen.

Derzeit sind Regelungen geplant, die es Kassenärztlichen Vereinigungen mit unterdurchschnittlichen Fallwerten ermöglichen, über Vergütungsanpassungen zu verhandeln. Der CSU-Landesgruppe ist es gelungen, den jetzigen Regelungsentwurf deutlich zu entschärfen. Eine Umverteilung zu Lasten anderer Kassenärztlicher Vereinigungen muss gesetzlich ausgeschlossen werden.

Herstellerrabatte gesenkt: Für eine gute Arzneimittelversorgung

Zum 1. April 2014 haben wir beschlossen, die Nutzenbewertung für Arzneimittel, die vor dem Jahr 2011 zugelassen wurden, zu beenden. Außerdem wurde der Herstellerrabatt, den die Pharma-Unternehmen den Krankenkassen gewähren mussten, von 16 Prozent auf 7 Prozent herabgesetzt. Von diesen Erleichterungen profitieren auch die in Bayern ansässigen Pharma-Unternehmen.

Weitere Informationen unter:
www.csu-landesgruppe.de/soziales



Die 56 CSU-Abgeordneten der 18. Wahlperiode

Albsteiger, Katrin (Neu-Ulm, Schwaben)
Auernhammer, Artur (Weißenburg i.B., Mittelfranken)
Bär, Dorothee (Wahlkreis Bad Kissingen)
Bartz, Julia (Maitenbeth, Oberbayern)
Brandl, Dr. Reinhard (Wahlkreis Ingolstadt)
Dobrindt, Alexander (Wahlkreis Weilheim)
Durz, Hansjörg (Wahlkreis Augsburg-Land)
Fabritius, Dr. Bernd (München, Oberbayern)
Freudenstein, Dr. Astrid (Regensburg, Oberpfalz)
Friedrich, Dr. Hans-Peter (Wahlkreis Hof)
Frieser, Michael (Wahlkreis Nürnberg-Süd)
Gauweiler, Dr. Peter (Wahlkreis München-Süd)
Göppel, Josef (Wahlkreis Ansbach)
Hahn, Florian (Wahlkreis München-Land)
Hasselfeldt, Gerda (Wahlkreis Fürstfeldbruck)
Hoffmann, Alexander (Wahlkreis Main-Spessart)
Holmeier, Karl (Wahlkreis Schwandorf/Cham)
Irlstorfer, Erich (Wahlkreis Freising)
Kalb, Bartolomäus (Wahlkreis Deggendorf)
Karl, Alois (Wahlkreis Amberg-Sulzbach-Neumarkt)
Koschyk, Hartmut (Wahlkreis Bayreuth)
Lange, Ulrich (Wahlkreis Donau-Ries)
Lanzinger, Barbara (Amberg, Oberpfalz)
Launert, Silke (Hof, Oberfranken)
Lehrieder, Paul (Wahlkreis Würzburg)
Lenz, Dr. Andreas (Wahlkreis Erding-Ebersberg)
Lerchenfeld, Philipp Graf von und zu (Wahlkreis Regensburg)
Lindholz, Andrea (Wahlkreis Aschaffenburg)

Ludwig, Daniela (Wahlkreis Rosenheim)
Mayer, Stephan (Wahlkreis Altötting-Mühldorf am Inn)
Meier, Reiner (Tirschenreuth, Oberpfalz)
Michelbach, Dr. h.c. Hans (Wahlkreis Coburg)
Mortler, Marlene (Wahlkreis Roth)
Müller, Dr. Gerd (Wahlkreis Oberallgäu)
Müller, Stefan (Wahlkreis Erlangen)
Nüßlein, Dr. Georg (Wahlkreis Neu-Ulm)
Oßner, Florian (Wahlkreis Landshut)
Radwan, Alexander (Wahlkreis Starnberg)
Rainer, Alois (Wahlkreis Straubing)
Ramsauer, Dr. Peter (Wahlkreis Traunstein)
Rupprecht, Albert (Wahlkreis Weiden)
Scheuer, Dr. Andreas (Wahlkreis Passau)
Schmidt, Christian (Wahlkreis Fürth-Neustadt/Aisch)
Silberhorn, Thomas (Wahlkreis Bamberg)
Singhammer, Johannes (Wahlkreis München-Nord)
Stefinger, Dr. Wolfgang (Wahlkreis München-Ost)
Stracke, Stephan (Wahlkreis Ostallgäu)
Straubinger, Max (Wahlkreis Rottal-Inn)
Strebl, Matthäus (Dingolfing, Niederbayern)
Uhl, Dr. Hans-Peter (Wahlkreis München-West/Mitte)
Ullrich, Dr. Volker (Wahlkreis Augsburg-Stadt)
Weisgerber, Dr. Anja (Wahlkreis Schweinfurt)
Wöhrl, Dagmar (Wahlkreis Nürnberg-Nord)
Zech, Tobias (Altötting/Mühldorf, Oberbayern)
Zeulner, Emmi (Wahlkreis Kulmbach)
Zollner, Gudrun (Dingolfing-Landau/Rottal-Inn, Niederbayern)

Die Mitglieder der CSU-Landesgruppe in Amt und Funktion

Vorstand



Vorsitzende

Gerda Hasselfeldt



Parlamentarischer Geschäftsführer

Max Straubinger

Stellvertretende Vorsitzende



Dr. h.c. Hans Michelbach



Marlene Mortler



Stephan Stracke

Bundesminister



Verkehr und digitale Infrastruktur
Alexander Dobrindt



Wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung
Dr. Gerd Müller



Ernährung und Landwirtschaft
Christian Schmidt

Parlamentarische Staatssekretäre



Verkehr und digitale Infrastruktur
Dorothee Bär



Bildung und Forschung
Stefan Müller



Wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung
Thomas Silberhorn

Präsidium im Deutschen Bundestag



Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Johannes Singhammer

Geschäftsführender Fraktionsvorstand



Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Europaangelegenheiten

Dr. Hans-Peter Friedrich



Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Gesundheit und Umwelt

Dr. Georg Nüßlein



Justiziar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Hans-Peter Uhl

Vorsitzende der Bundestagsausschüsse



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Paul Lehrieder



Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer



Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dagmar Wöhrl

Vorsitzende der Arbeitsgruppen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Innen
Stephan Mayer



Verkehr und digitale
Infrastruktur
Ulrich Lange



Bildung und Forschung
Albert Rupprecht



Tourismus
Daniela Ludwig

Vorsitzende der Arbeitskreise der CSU-Landesgruppe



Innen, Recht und Verbraucher-
schutz, Kommunalpolitik, Sport
und Ehrenamt, Kultur und Medien
Michael Frieser



Wirtschaft und Energie, Verkehr
und digitale Infrastruktur, Bildung
und Forschung, Tourismus
Karl Holmeier



Finanzen und Haushalt
Bartholomäus Kalb



Arbeit und Soziales,
Gesundheit, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend
Stephan Stracke



Ernährung und Landwirtschaft,
Umwelt, Naturschutz, Bau- und
Reaktorsicherheit
Marlene Mortler



Auswärtiges, Verteidigung, Ange-
legenheiten der EU, wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung,
Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Florian Hahn

Die CSU in den ständigen Ausschüssen



Ausschuss für Arbeit und Soziales

Dr. Astrid Freudenstein, Stephan Stracke,
Matthäus Strebl, Tobias Zech
(Paul Lehrieder, Reiner Meier,
Andreas Scheuer, Dr. Volker Ullrich)

Auswärtiger Ausschuss

Dr. Peter Gauweiler, Alexander Radwan,
Dr. Hans-Peter Uhl
(Florian Hahn, Gerda Hasselfeldt,
Dr. Peter Ramsauer)

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung

Katrin Albsteiger, Albert Rupprecht,
Dr. Wolfgang Stefinger
(Dr. Andreas Lenz, Reiner Meier,
Dr. Volker Ullrich)

Digitale Agenda

Hansjörg Durz
(Ulrich Lange)

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Artur Auernhammer, Marlene Mortler,
Alois Rainer
(Julia Bartz, Florian Oßner, Emmi Zeulner)

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Katrin Albsteiger, Dr. Bernd Fabritius,
Andrea Lindholz
(Dr. Hans-Peter Friedrich, Florian Hahn,
Alois Karl)

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Dr. Silke Launert, Paul Lehrieder,
Gudrun Zollner
(Barbara Lanzinger,
Dr. Wolfgang Stefinger, Matthäus Strebl)

Finanzausschuss

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld,
Dr. h.c. Hans Michelbach, Alexander Radwan
(Hansjörg Durz, Bartholomäus Kalb,
Dr. Andreas Lenz)

Ausschuss für Gesundheit

Erich Irlstorfer, Reiner Meier,
Emmi Zeulner
(Dr. Georg Nüßlein, Albert Rupprecht,
Stephan Stracke)

Haushaltsausschuss

Dr. Reinhard Brandl, Bartholomäus Kalb,
Alois Karl, Alois Rainer
(Ulrich Lange, Dr. h.c. Hans Michelbach,
Dr. Wolfgang Stefinger, Max Straubinger)

Innenausschuss

Michael Frieser, Andrea Lindholz,
Stephan Mayer
(Katrin Albsteiger, Dr. Bernd Fabritius,
Dr. Volker Ullrich)

**Ausschuss für Kultur und Medien**

Dr. Astrid Freudenstein, Dagmar Wöhrl
(Hartmut Koschyk, Andrea Lindholz)

**Ausschuss für Menschenrechte und
humanitäre Hilfe**

Dr. Bernd Fabritius
(Michael Frieser)

Petitionsausschuss

Julia Bartz, Paul Lehrieder
(Philipp Graf von und zu Lerchenfeld,
Gudrun Zollner)

**Ausschuss für Recht und
Verbraucherschutz**

Alexander Hoffmann, Dr. Silke Launert,
Dr. Volker Ullrich
(Dr. Bernd Fabritius, Michael Frieser,
Philipp Graf von und zu Lerchenfeld,
Dr. Anja Weisgerber)

Sportausschuss

Stephan Mayer, Gudrun Zollner
(Artur Auernhammer, Erich Irlstorfer)

Ausschuss für Tourismus

Barbara Lanzinger, Daniela Ludwig
(Marlene Mortler, Stephan Stracke)

**Ausschuss für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit**

Artur Auernhammer, Josef Göppel,
Dr. Anja Weisgerber
(Philipp Graf von und zu Lerchenfeld,
Dr. Georg Nüßlein, Florian Obner)

**Ausschuss für Verkehr und digitale
Infrastruktur**

Karl Holmeier, Ulrich Lange,
Daniela Ludwig, Florian Obner
(Dr. Astrid Freudenstein, Stephan Mayer,
Alois Rainer, Stephan Stracke)

Verteidigungsausschuss

Julia Bartz, Dr. Reinhard Brandl,
Florian Hahn
(Alexander Hoffmann, Dr. Hans-Peter Uhl,
Emmi Zeulner)

**Ausschuss für Wahlprüfung,
Immunität und Geschäftsordnung**

Dr. Hans-Peter Uhl
(Max Straubinger)

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Hansjörg Durz, Barbara Lanzinger,
Dr. Andreas Lenz, Dr. Peter Ramsauer
(Karl Holmeier, Dr. h.c. Hans Michelbach,
Dr. Georg Nüßlein, Andreas Scheuer)

**Ausschuss für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung**

Dagmar Wöhrl, Tobias Zech,
(Katrin Albsteiger)

Impressum

Herausgeber

Max Straubinger MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
T 030 227-70212
F 030 227-76712
csu-landesgruppe@cducsu.de

Redaktion

Inge Niebergall

Layout

Christiane Bruns

Druck

flyeralarm

Bildnachweis

S. 1 picture alliance (pa)/chromorange;
S. 4 Henning Schacht; S. 6 Thomas Köhler/photothek;
S. 9 pa/design pics; S. 13 pa/dpa; S. 18 pa/ZB;
S. 20 pa/dpa, S. 26 pa/dpa; S. 30 pa/dpa; S. 32 pa/dpa;
S. S. 36 pa/ZB; S. 39 pa/ZB; S. 41 pa/Bildagentur online;
S. 46 pa/ZB; S. 49 pa/ZB; S. 52 pa/Jan Haas;
S. 55 pa/dpa; S. 58 pa/dpa; S. 62 Henning Schacht,
S. 64 Henning Schacht, Marta Ifrim; S. 65 Henning
Schacht, Thomas Lothar, Tobias Koch; S. 66 Henning
Schacht; S. 67 Henning Schacht, Nina Altmann, Michael
Naumberger, Thomas Lothar, Fotostudio Koch, Blöchinger,
Marta Ifrim; S. 68-69 pa/Daniel Kalker

Die Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Stand

November 2014



Die Textbeiträge werden den Bedingungen einer Creative Commons Licence veröffentlicht:

Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen:

Keine kommerzielle Nutzung

Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Keine Bearbeitung

Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

www.csu-landesgruppe.de

